

## **Transformation des aufklärerischen Diskurses im Vormärz**

*Ulrich Pagel, Der Einzige und die Deutsche Ideologie, De Gruyter Marx-Forschung, Berlin 2020, 690 S., 99,95 Euro.*

Es dürfte in der europäischen Geistesgeschichte kaum ein Werk geben, das zu Lebzeiten der Autoren nicht veröffentlicht wurde und dennoch bis in die Gegenwart solchen Wirbel verursacht hat wie die „Deutsche Ideologie“ von Karl Marx und Friedrich Engels. Einerseits wurden die in einem unterschiedlichen Reifegrad hinterlassenen Manuskripte als Gründungsschriften einer neuen Weltanschauung, des „Historischen Materialismus“, angesehen, was den Intentionen der Brüsseler Emigranten nicht gerecht wird. Die aus aktuellem Anlass verfassten Polemiken gegen die Junghegelianer und ihre Hauptvertreter, die drei „letzten Philosophen“ Ludwig Feuerbach, Bruno Bauer und Max Stirner waren für die Veröffentlichung in einer Vierteljahreszeitschrift vorgesehen. Die übertriebene Wertschätzung „im Zerrspiegel des ideologischen Kampfes der Systeme“ (2 f.) hat eine kaum zu überschätzende Bedeutung erlangt und zu immer neuen Editionen beigetragen.

Andererseits hat sich die „materialistische Geschichtsauffassung“ als ein wirkmächtiges Deutungsmuster durchgesetzt. Auch dieser Begriff findet sich nicht in den zeitgenössischen Texten von Marx und Engels. Dessen ungeachtet fasst Ulrich Pagel, der auf Basis der neuen philologischen Erschließung des Nachlasses im Rahmen der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) die „Transformation des aufklärerischen Diskurses im Vormärz“

rekapituliert, die von den Autoren nicht näher definierte Konzeption unter eben diesen Begriff. Vordergründig, weil sich die Kritik von Marx und Engels gegen die von ihnen so benannte „idealistische Geschichtsauffassung“ richtet, und dann, weil der Streit darum, ob denn schon die nur für den privaten Gebrauch niedergeschriebenen „Thesen ad Feuerbach“ von Marx den „genialen Keim der neuen Weltanschauung“ enthielten (eine spätere Bemerkung von Engels, die der Kanonisierung Vorschub leistete) bis in die jüngste Vergangenheit fortdauerte und sich zu eigener Wirkmächtigkeit selbstständigte.

Erfreulich, dass Pagel auf die aus legitimatorischen Gründen des Staatssozialismus verzerrte Rezeption eingeht, die bisherige Autoren meist mit ein paar etikettierenden Sätzen abgetan haben – in durchaus objektiver Sichtweise, die das ganze Opus magnum auszeichnet. Den Versuch, die einzelnen Manuskripte und Fragmente zum Zweck einer staatstragenden Doktrin als ein geschlossenes „Werk“ erscheinen zu lassen, findet Pagel „bedauerndswert, aber nachvollziehbar“. Für sein Vorhaben jedoch, die Hintergründe der „ideengeschichtlichen Rekonstruktion des Entstehungszusammenhangs der Manuskripte zur ‚Deutschen Ideologie‘“ nachzuzeichnen, seien die vorliegenden Interpretationen (mit wenigen jüngeren Ausnahmen) jedoch nicht relevant.

Sekundärliteratur zu den Feuerbach-Thesen und zur „Deutschen Ideologie“ gibt es zuhauf. Ulrich Pagel geht anders vor als die früheren Autoren. Oft ist von Evidenzerfahrung die Rede, daran muss sich der Leser erst gewöhnen. Wie überhaupt an die abstrakte Spra-

che und den vornehmlichen Gebrauch von Fremdwörtern, wo man sich auch allgemeinverständlich ausdrücken könnte. Wir verstehen unter Evidenz die Verinnerlichung von Gewissheiten oder einleuchtender Erkenntnisse. Dies vorausgesetzt, unterscheidet Pagel vier „argumentative Referenzrahmen für die Bestimmung des Bewusstseins“ der zeitgenössischen Adressaten, bzw. vier „Quellen der Generierung von Überzeugungsleistungen“ (ein Begriff, der nicht genügend erklärt wird): die religiös-theologische Evidenz heiliger Autorität, die, worauf nicht Bezug genommen wird, im aufklärerischen Sinn bereits mit Friedrich Schleiermacher eingesetzt hat; die philosophische Evidenz gelingender Begriffsentwicklung, also den klassischen bewusstseinszentrierten Diskurs, wie ihn vor allem Ludwig Feuerbach und die Junghegelianer um Bruno Bauer vorantrieben; die von Stirner in Anspruch genommene Evidenz alltagssprachlicher Vertrautheit; schließlich die erfahrungswissenschaftliche Evidenz empirisch-konstatierbarer Tatsachen, die Marx und Engels in die Debatte einbringen (30). Dieser die Argumentationsmuster abgrenzende Bau mag einem zunächst befremdlich erscheinen. Aber auf der Grundlage eines solchen „Modells“ gelingt dem Autor eine überzeugend stringente Erzählung der Spätaufklärung, wie sie bisher noch nicht zu lesen war.

Dabei mag der Eindruck entstehen, dass aufgrund der weitgehend chronologischen Linearität der Auseinandersetzungen dem Modellierungsversuch eine quasi teleologische Komponente anhaftet. Aus heutiger Sicht, wenn sich Gewissheiten verfestigen sollen, erweist sich diese Trennung und Gegenüberstellung, ja der gegenseitige Aus-

schluss nicht unbedingt als praktikabel, sobald man das „Modell“ auf das eigentliche Anliegen der Akteure bezieht, nämlich eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu bewirken. Dass weder der klassische philosophisch-aufklärerische Diskurs die hierarchischen Strukturen der Bewusstseinsbildung wie des Staates ins Wanken bringt, noch die „alltags-sprachliche Vertrautheit“ Max Stirners, das heißt: die auf individuellen Erfahrungen basierende Selbstüberzeugung und Selbstermächtigung, wird detailliert dargelegt. Aber auch die erfahrungswissenschaftliche Evidenz empirisch-konstatierbarer Tatsachen allein, wie Marx und Engels sie begründen und anstreben, hat bis zum heutigen Tag zu keinem nachhaltigen Erfolg geführt. Es drängt sich nachgerade der Gedanke auf, dass, um politische Relevanz zu erlangen, die verschiedenen Ansätze der (innerweltlichen) Evidenzproduktion aufeinander angewiesen sind, dass die eine argumentative Ressource nicht ohne die andere auskommt. Doch das liegt außerhalb des Anliegens. Pagel verfolgt anhand des „Entstehungszusammenhangs“ der Manuskripte die Ideengeschichte der Jahre 1841 bis etwa 1847, und das ist ohne eine ordentliche Textgenese nicht möglich.

Das Echo der Französischen Revolution war in kritischen Kreisen des deutschen Bürgertums noch nicht verhallt. Die Hoffnungen der fortgeschrittenen Aufklärer, gesellschaftliche Veränderungen durch eine Revolutionierung des Bewusstseins (der „Untertanen“ wie auch der Herrschenden) bewirken zu wollen, wurde jedoch um die Jahreswende 1842/43 auf erbärmliche Weise enttäuscht (Kap. 3). Hatte der Thronfolger, der nachmalige Kaiser Friedrich Wil-

helm IV., noch liberale Reformen angekündigt und euphorische Erwartungen auszulösen vermocht, so wurden, kaum hatte er das Zepter in der Hand, die Zensurgesetze verschärft, die „Deutschen Jahrbücher“, Leitorgan der Junghegelianer, und andere Periodika verboten, schließlich auch die „Rheinische Zeitung“, das letzte liberal-oppositionelle Blatt. Die bürgerliche Community begehrte nicht gegen die Repressionen auf; das philosophisch-moralische Argumentationsmuster war gescheitert.

Es musste nach neuen Wegen gesucht werden. Die Szene differenzierte sich. Ludwig Feuerbach bringt in die philosophische Kritik sinnliche Gewissheiten ein, beispielhaft auch alltagsweltliche Erfahrungen; aber sein Disput bleibt bewusstseinszentriert. Bruno Bauer trachtete danach, Hegel für den oppositionellen Diskurs zu vereinnahmen, indem er ihm eine eindeutig aufklärerische, ja revolutionäre Position unterstellte, während er scharf Feuerbach angriff, der sich von Hegel abgrenzte, weil jener Religion und Philosophie identifiziert habe. So spalteten sich die Junghegelianer in ein Feuerbach- und ein Bauer-Lager. Die Anhänger Bauers, die Berliner „Freien“, setzten auf rücksichtslose Eskalation des Konflikts zwischen christlich-monarchistischem Staat und den Akteuren der Aufklärung, während Feuerbach eine Mäßigung der kritischen Angriffe für das Gebot der Stunde hielt und für eine Politik der kleinen Schritte plädierte.

Max Stirner („Der Einzige und sein Eigentum“) ist der erste, der glaubt, bei der Generierung von Überzeugungsleistungen auf philosophische Erwägungen und Begriffskritik verzichten zu können. Allein aufgrund eigener Erfahrungen

und „Intentionen“ sollten die konkreten Individuen zu vernünftigen Entscheidungen gelangen. Die allein auf philosophische Evidenz hoffende Aufklärung war unter den Repressionen der frühen 1840er Jahre so ins Leere gelaufen, dass die Idee, einfach zu tun, was man will, plausibel erschien. (Eine Haltung, die uns in der gegenwärtigen Unübersichtlichkeit der Verhältnisse nicht unbekannt vorkommt.) Sein Versuch, alternative Formen der Aufklärung zu finden, mündet im programmatischen Verzicht auf den Gedanken, konsequent in der Gedankenlosigkeit.

Pagel geht nun der Frage nach, weshalb Marx (und Engels) den Stirnerschen Ansatz, der eigentlich wenig Resonanz fand, für so bedeutsam erachteten, dass sie ihn einer gesonderten Kritik im Umfang von annähernd 450 Manuskriptseiten (das Feuerbach-Konvolut umfasst nur knapp 100 Seiten) unterzogen. In der Rezeption ist das Kapitel „III. Sankt Max“ vernachlässigt worden, die bevorzugte Aufmerksamkeit galt dem Feuerbach-Konvolut. Pagel weist nach, dass für die Konzipierung der „materialistischen Geschichtsauffassung“ und für die „Ideologiekritik“ nicht in erster Linie die Auseinandersetzung mit dem Denken Feuerbachs ausschlaggebend gewesen sei, sondern die mit Max Stirner. Schließlich wurden erst in einer späteren Phase große Manuskriptteile aus dem Pamphlet „III. Sankt Max“ herausgelöst und für das noch zu schreibende Kapitel „I. Feuerbach“ bereitgehalten. Man kann auch sagen, das Konzept der „materialistischen Geschichtsauffassung“ ist – trotz aller Kritik an Feuerbachs „neuer Philosophie“ – zu einem nicht geringen Teil in Verteidigung Ludwig Feuerbachs gegen die Vorwürfe und Unterstellungen Bruno

Bauers und Max Stirners entwickelt worden und in der Polemik gegen Stirners Evidenz alltagsprachlicher Vertrautheit.

Die Etikettierung des Stirnerschen alternativen Konzepts der Aufklärung ist etwas schwer zu entziffern. Er setzt auf die „Selbstermächtigung“ des konkreten Individuums, das – jeder für sich – einzig ist, „Der Einzige“, so der titelgebende Begriff des Hauptwerkes. Gewissheiten kämen im „Rekurs auf Sätze, bzw. Argumente, deren Äußerungen gemeinhin Zustimmung hervorrufen“, in der „Phrasenhaftigkeit“ der Kommunikation zum Ausdruck (365). Deshalb wird seine Methode der Generierung von Bewusstsein als „Evidenz alltagsprachlicher Vertrautheit“ bezeichnet.

Ausgiebig analysiert Pagel, warum Max Stirner aus dem Scheitern der bewusstseinszentrierten Konzepte „die radikalste Konsequenz“ zog, „die bis dahin vom Kreis der ehemaligen Protagonisten der junghegelianischen Debatten gezogen worden war“ (361 – 382). Er nimmt den „Einzigen“ ernst, wie auch Marx und Engels Stirner ernst genommen haben, wenngleich sie ihn mit einem Furor attackieren, der in der deutschen Geistesgeschichte beispiellos ist. Seine Weigerung, logische Gewissheiten anzuerkennen, erst recht, wenn sie von „Experten“ (Philosophen) geäußert wurden, die bedingungslose Evidenz der „Laien“ aufgrund augenblicklicher, pragmatischer Erwägungen, vor allem der Verzicht, einer Überzeugung den Maßstab der Wahrheit anzulegen, was in einer (von Stirner anerkannten) Beliebigkeit endet, das alles musste auf harsche Kritik seitens Marx und Engels stoßen, die darauf aus waren, differierende Willensbekundungen zu überwinden und

eine schlagkräftige revolutionäre Masse zu organisieren.

Es ist hier nicht der Raum darzulegen, wie Pagel bis in feinste Verästelungen der Gedankenabläufe sowohl bei der Genese des Stirnerschen alternativen Konzepts der Bewusstseinsbildung folgt als auch bei dessen Widerlegung seitens der Autoren der „deutschen Ideologie“. Über etwa ein Drittel der Monographie reflektiert Ulrich Pagel die Genese der erfahrungswissenschaftlichen Evidenz von Marx und Engels, in beispielloser Detailliertheit, gedankengenau bis in feinste Nuancen und widersprüchliche Verzweigungen. Das Buch hat die Chance, ein Standardwerk zu werden. Und: Man kann die ideengeschichtliche Rekonstruktion der vormärzlichen Aufklärung auch assoziativ lesen, schließlich ist die Frage, wie in sozial unterschiedlichen Bevölkerungsschichten progressives, gesellschaftsveränderndes Bewusstsein verstetigt werden kann, höchst aktuell.

*Jens Grandt*

## **Geschichte der Familie von Rosa Luxemburg**

*Krzysztof Pilawski/Holger Politt (Hrsg.), Rosa Luxemburg, Spurensuche. Dokumente und Zeugnisse einer jüdischen Familie, VSA Verlag Hamburg 2020, 152 Seiten, 19,80 Euro.*

Familiengeschichten über einen längeren Zeitraum sind selten, noch seltener, wenn sie sich nicht auf die reine Abstammung beziehen, sondern in jeder Generation auch den weiteren Kreis der Geschwister und deren Kinder mit einschließen. Die Herausgeber, Krzysztof Pilawski – polnischer Publizist – und Holger Politt – Leiter

des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau – gingen auf die Suche nach Spuren der Geschichte der Familie von Rosa Luxemburg in Archiven, Bibliotheken und auf Friedhöfen in Polen, in Deutschland und in Estland. Nationalistische Kräfte in Polen behaupteten plötzlich, Rosa Luxemburg sei eine unverbesserliche Polenhasserin gewesen. Jedes Erinnern an sie im öffentlichen Leben verbiete sich. Konkreter Anlass für eine Spurensuche war die Entfernung der Gedenktafel für Rosa Luxemburg im März 2018 in ihrem Geburtsort Zamosz.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit der Herausgeber stand aber nicht Rosa Luxemburg selbst, sondern ihre jüdische Familie in Polen. Die Geschichte der engen und engsten Familienangehörigen wirft ein Licht darauf, mit wieviel Fasern Rosa Luxemburg an diese Familie gebunden war, ein Faden, der niemals gerissen ist. Die Eltern und Großeltern sowie ihre Anverwandten spielten in der polnisch-jüdischen Gesellschaft eine bedeutende Rolle. Rosa Luxemburgs familiäre Sozialisation war eine entscheidende Voraussetzung für ihren beeindruckenden Lebensweg als brillanter Kopf der europäischen Arbeiterbewegung.

Anhand vieler bislang nicht gezeigter Dokumente und Fotos wird den Lebenswegen von drei Generationen einer jüdischen Familie in Polen nachgegangen, die mit Rosa Luxemburg eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Zeitgeschichte hervorgebracht hat. Die Zeugnisse der Familiengeschichte lesen sich wie eine Dokumentation jüdischen Lebens in Ost-Polen. In der Familie Luxemburg/Löwenstein gab es Rabbiner, Industrielle, Ärzte, Anwälte. In der Publikation werden anschaulich

die Lebenswege von Familienangehörigen einschließlich von Cousinen und Cousins, Nichten und Neffen im Kontext der jeweiligen Zeitumstände, ihrer Profession und materiellen Lage vorgestellt. Der Bogen wird gespannt von etwa 1830 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges.

Rosa Luxemburg wuchs in einer Kaufmannsfamilie auf. Den Anfang macht der Großvater, Abraham Luxemburg (1808-1872), ein Kaufmann, dessen letzte Ruhestätte sich auf dem jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee in Berlin befindet. Ihr Vater Edward (1830-1900) war ebenfalls Kaufmann, Lieferant für Militärbedarf. Mutter Lina, geborene Löwenstein (1829-1897), brachte in die Familie der Luxemburgs den tiefen Geist der Gelehrsamkeit eines Rabbiners mit. Rosa Luxemburgs Zuhause in Warschau war überaus reich in geistiger Hinsicht. Sie nahm zu Hause einen Freiheitsimpuls auf, der an die besten Traditionen des aufgeklärten Bürgertums erinnerte, in denen Chancengleichheit und Bildung eine herausragende Rolle spielten. Sie hatte zu ihren Eltern ebenso wie zu ihren Geschwistern Józef, Maxymilian und Anna eine tiefe Bindung. Ihr älterer Bruder Józef Luxemburg (1865 oder 1866-1934) studierte Medizin und war ab 1903 als Chefarzt im Jüdischen Krankenhaus Warschau tätig. Als Referent im polnischen Gesundheitsministerium war er nach 1918 an der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung und der staatlichen Arbeitsinspektion beteiligt. Sein Sohn Jerzy Edward Luxemburg (1902-1940) schlug ebenfalls die medizinische Laufbahn ein und unterhielt in Warschau eine eigene Arztpraxis. Als Leutnant der Reserve wurde der Neffe

Rosa Luxemburgs im Spätsommer 1939 mobilisiert, geriet in sowjetische Gefangenschaft und wurde im Frühjahr 1940 mit tausenden polnischen Offizieren auf Befehl Stalins vom KGB im Wald von Katyn erschossen.

Ein Vorfahre von Rosa Luxemburgs Mutter war der Talmud-Gelehrte Jakob Josua Falk (1680-1756), der als Rabbiner u.a. in Lemberg, Berlin, Metz und in Frankfurt am Main tätig war, weitere Nachfahren von ihm waren Rabbiner in Hannover und in verschiedenen Orten Polens. Dr. Bernard Löwenstein (1821-1889), der ältere Bruder ihrer Mutter, war ab 1862 Rabbiner der Fortschrittlichen Synagoge in Lemberg. Er betrieb 1837/1838 Talmudstudien in Hannover. An der Berliner Universität studierte er bei Leopold von Ranke und Friedrich Schelling. Er war dem Reformjudentum zugetan. Die Macht des Wortes war ihm gegeben sowohl in Predigten wie in öffentlichen Vorträgen zu weltlichen Angelegenheiten. Bernard Löwenstein hatte fünf Kinder, von denen insbesondere aus Sicht der Familienbiographie Rosa Luxemburgs Natan Löwenstein (1859-1929), einflussreicher Unternehmer und Mitinitiator der Industrialisierung Polens, Anwalt und Politiker, zu nennen ist. Bei ihm als Bergwerksbesitzer in Zawiercie, an der Bahnstrecke zwischen Warschau und Katowice gelegen, hatte sie sich als heranwachsendes Mädchen für Geologie begeistert. Rosa Luxemburg kannte damit von der familiären Seite her den jungen, stürmischen und höchst widersprüchlichen Industriekapitalismus in ihrer Heimat, in dem Arbeiterkämpfe bereits eine zunehmende Rolle spielten. Offenbar öffnete der Onkel Rosa Luxemburg wesentliche Zugänge zum Thema ihrer

Dissertation über die Industrialisierung Polens. Er war Abgeordneter im Wiener Reichsrat von 1907-1918, dem Zentralparlament Österreichs, und von 1918 bis 1922 Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung Polens. Auf dem Kongress polnischer Juden in Warschau Mai 1919 war er Tagungspräsident und rief zum Kampf gegen jüdischen Separatismus und für ein neues starkes Polen auf. Sein Sohn Stanislaw Löwenstein-Opoka (1890-1944), war Historiker und aktives Mitglied der PPS. Von 1941 bis 1944 war er in Ungarn als Nachrichtenagent der polnischen Exilregierung in London tätig. 1944 wurde er in Budapest von der Gestapo verhaftet und im Vernichtungslager Auschwitz ermordet.

Im Hintergrund der Publikation stehen die wechselvolle Geschichte Polens und das Leben und Werk von Rosa Luxemburg. Auszüge aus Briefen an ihre Familienangehörigen, u.a. an Leo Jogiches, an Luise Kautsky und Mathilde Wurm, aus Schiften wie ihrer Dissertation zur Industrialisierung Polens und über die Nationalitätenfrage und Autonomie sowie Artikel zur Analyse der Arbeiterrevolution 1905/06 in Polen dokumentieren die enge Bindung Rosa Luxemburgs an Polen und die polnische Arbeiterbewegung. In einem Anhang werden historisch-geographische Erläuterungen zu Galizien und zum Königreich Polen sowie Bemerkungen zur im November 1918 gegründeten Republik Polen gegeben.

Die Familie war betroffen von den Auswirkungen des Krimkrieges in den Jahren 1853 bis 1856, vom polnischen Nationalaufstand 1863/64, von der Industrialisierung Polens, von beiden Weltkriegen, dem Massenmord in Katyn, den faschistischen Vernich-

tungslagern Auschwitz, Mauthausen, Majdanek und Treblinka, Arbeitslagern in der UdSSR aber auch von Emigration. Im Schicksal der Familie Luxemburg spiegelt sich ein Teil der bewegten, tragischen osteuropäischen Geschichte. Die Publikation präsentiert sich als ein Kleinod und eine neue Annäherung an Rosa Luxemburg. Den Herausgebern ist für einen berührenden Einblick in Rosa Luxemburgs Herkunft und dem Verlag ist für eine gediegene Ausstattung des Buches zu danken. Die Publikation wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin gefördert.

*Eckhard Müller*

## **Lenins Dilemmas**

*Tariq Ali, The Dilemmas of Lenin – Terrorism, War, Empire, Love, Revolution. Verso, London/New York 2017, 373 Seiten, 21,- Euro*

Tariq Ali ist einem breiteren deutschen Publikum durch seine fünfteilige Romanreihe zu früheren muslimischen Gesellschaften bekannt (z.B. sein Bestseller „Im Schatten des Granatapfelbaums“; Diederichs, München 1993). Auch seine Bücher zu den Irak-Kriegen wurden von politisch Interessierten hierzulande breiter wahrgenommen (z.B. „Fundamentalismus im Kampf um die Weltordnung“, 2003; und „Bush in Babylon. Die Rekolonisierung des Irak“, 2003).

Nun schrieb er 2017 ein Buch über Lenin – es gibt bisher leider keine deutsche Übersetzung davon. Was auch nicht wundert: Lenin gilt den deutschen Medien kurz und bündig als ‚glatzköpfiger Diktator‘. Für diese ist die historische Bewertung von

Lenin damit abgeschlossen – und das bis weit in die Linke hinein.

Ali verfolgt einen anderen Ansatz: „Lenins Dilemmas“. Das erste: Terrorismus gegen das absolutistische Zarenregime (von Kropotkins Anarchisten und anderen – was Lenin bis zum Ende als historisch gerechtfertigten Widerstand würdigte). Deren Strategien und die der Narodniki analysierte er aber schon früh als Sackgasse und wandte sich der in Russland entstehenden Arbeiterbewegung zu. Weiterhin: Der Erste Weltkrieg als Kampf zwischen verschiedenen Imperialismen um Ressourcen und Kolonien; die Unterstützung anti-kolonialer Revolutionen; die Vision einer sowjetischen Föderation gestützt auf die Arbeiterklasse und die Bauern als ‚Erben‘ des Russischen Imperiums; die Anerkennung verschiedener Nationalitäten in diesem Rahmen und ihrer Rechte auf weitgehend autonome Sowjetrepubliken. ‚Liebe‘ handelt von der Veränderung von Lebenswelten (also Befreiung der Frauen, der Homosexuellen, Kontroversen um ‚freie Liebe‘, das ‚persönliche ist politisch‘) – dies auch im Dialog z.B. mit muslimischen Kulturen, um Frauenrechte zu stärken. Sowie die Aufgaben und Probleme einer sozialistischen Revolution (nicht nur im Konflikt mit der sozialdemokratischen II. Internationale).

Alis Buch ist weder eine Biografie Lenins noch eine Auseinandersetzung mit dessen Werken. Ali betrachtet diese von ihm benannten „Dilemmas von Lenin“ strukturell, gemäß dieser fünf Problematiken. Sowohl in historischer Hinsicht (z.B. Französische Revolution, spätere Revolutionen nach dem Roten Oktober, anti-koloniale Befreiungskriege usw.) so-

wie auch aus aktueller Perspektive, was die derzeitigen Krisentendenzen des globalen Kapitalismus angeht.

Insofern ist sein Blick auf Lenin (und was dieser uns heute noch sagen könnte) etwas ungewöhnlich. Ali widerspricht klar dem Bild vom ‚kommunistischen Diktator‘. Aber auch dem Personenkult der diversen sozialistisch-kommunistischen Strömungen, die Lenin aus ihrer jeweiligen Sicht zur Ikone verklärten.

Aus meiner Sicht ist dieses Buch ein guter Einstieg für ein jüngeres Publikum, sich mit Lenin, der Oktoberrevolution 1917 und den Folgen zu beschäftigen. Verständlich geschrieben, lebendig erzählt – informiert das Buch auch über viele Facetten der anfänglichen Politiken der Bolschewiki, um die „Zivilisation“ und „Lebensweise“ nicht nur in Russland zu revolutionieren. Dazu gehören z.B.: Entkriminalisierung der Homosexualität, die generelle Befreiung der Frauen, die Scheidung auf Verlangen, die Ehe frei von religiösen Zwängen, Abtreibung, die Sozialisierung vieler Funktionen der Hausarbeit und Kinderbetreuung. Auch über Experimente mit neuen Wohnformen (Moisei Ginzburgs konstruktivistische Architektur mit variablen Wänden in den Wohnungen plus angeschlossene Wäschereien, Spielplätzen für Kinder, Volksküchen etc. außerhalb). Für die damalige Zeit war das alles sehr avantgardistisch.

Wovon sich später das sozialdemokratisch regierte „Rote Wien“ inspirieren ließ. Heute z.B. gibt es eine dezidierte Strategie der Wiener Stadtverwaltung, bezahlbare Wohnungen in kommunaler Hand anzubieten. Vielen „Progressiven“ gilt dies als nachahmenswertes

Beispiel für Europa. Das ist besser als die deutsche Mietpreisbremse – aber noch weit entfernt von den Vorgaben des „Roten Wien“ in den 1920/30ern, und erst Recht von der anfänglichen Politik der Bolschewiki. Dies nur als ein (kleines) Beispiel unter vielen, warum die in „Lenins Dilemmas“ angesprochenen Themen auch heute noch sehr aktuell sind.

Zum Schluss noch einige Hinweise auf m.E. interessante weiter führende Lektüre:

- Moshe Lewin, *The Soviet Century* (Verso), London 2005. Dies ist eine m.E. sehr differenzierte Analyse zur Sowjetunion von ihren Anfängen bis zu ihrem Fall; des weiteren zwei Bücher, die es nur noch im Antiquariat geben dürfte:

- Richard Lorenz, *Sozialgeschichte der Sowjetunion 1, 1917 – 1945* (Suhrkamp) Frankfurt/M. 1976 (nüchtern und analytisch superb, guter Klassiker);

- Heiko Haumann (Hg.), *Die Russische Revolution 1917* (Böhlau Verlag), Köln-Weimar-Wien 2007; befasst sich im Wesentlichen mit den utopisch-sozialistischen Konzepten der russischen Revolution, und den konzeptionellen und praktischen Problemen, diese umzusetzen.

Befremdlich aus heutiger (ökologischer) Sicht ist das Fortschrittskonzept der Bolschewiki: Berge versetzen, der „Neue Mensch“, Eroberung des Weltraums.<sup>1</sup> Autoren wie J. Bel-

<sup>1</sup> Siehe Michael Hagemester und Julia Richters, *Utopien der Revolution – Von der Erschaffung des Neuen Menschen zur Eroberung des Weltraums*; in: Heiko Haumann (Hg.), *Die Russische Revolution 1917*, Köln 2007, S. 131 – 142.



lamy Foster<sup>2</sup> haben zu Recht auch auf Gegenreaktionen von WissenschaftlerInnen in der Sowjetunion hingewiesen, die solche Strategien aus ökologischer Sicht hart kritisierten.

Lenin zumindest hatte in seinen letzten Jahren einen Hang zum „linken Realismus“. Bertolt Brecht soll angeblich Lenins Gleichnis vom Bergsteiger (1922)<sup>3</sup> sehr geschätzt haben, der einen bislang nicht erforschten Gipfel nicht erklimmen kann und auf schwierigen und gefährlichen Umwegen versucht, sein Ziel doch noch zu erreichen. Dies war von Lenin auf die Wende vom Kriegskommunismus zur Neuen Ökonomischen Politik gemünzt. Andreas Malm (Autor von „Corona, Climate, Chronic Emergency: War Communism in the Twenty-First Century“, erscheint bald bei Verso) plädiert für einen „Öko-Leninismus“.<sup>4</sup> Angesichts der heutigen Krisen und Problemlagen, so scheint mir, gibt es keinen geraden und direkten Weg zum erforderlichen „Ökosozialismus“. „Lenin-Erinnerung“ (wie Tariq Ali sie mit seinem Buch betreibt) ist daher auch aktuell sehr nützlich.

Klaus Dräger

## Antifaschistischer Widerstand in Österreich

*Helga Amesberger, Simon Clemens, Brigitte Halbmayr, Meine Mama war Widerstandskämpferin. Netzwerke des Widerstands und dessen Bedeutung für die nächste Generation, Picus Verlag, Wien 2019, 288 S., 26 Euro*

Während nach 1945 international kein Zweifel an der eminenten Verantwortung Deutschlands an den Verbrechen des Nationalsozialismus bestand, blieb die Rolle Österreichs für den Terror der NS-Herrschaft lange Zeit ein vernachlässigtes Thema in der öffentlichen Auseinandersetzung. So ist die Beseitigung des langwährenden Opfermythos – der Österreich zum ersten Geschädigten der nationalsozialistischen Aggressionspolitik deklarierte – sowie die systematische Aufarbeitung der Geschichte des österreichischen Widerstands<sup>1</sup> unter dem Druck von Überlebenden als maßgebliche Errungenschaft der Zweiten Republik zu betrachten. Folgt man den prominenten Stimmen der österreichischen Geschichtswissenschaft, so muss von einem „spezifisch österreichischen Widerstand“ während der NS-Zeit gesprochen werden, der territorial auf Österreich orientiert und weitgehend von deutschen Gruppen separiert agierte.<sup>2</sup> Helga Amesberger, Brigitte Halbmayr und Simon Clemens leisten mit ihrer Forschungsarbeit zur Aufarbeitung ös-

<sup>2</sup> J. B. Foster (2015), *Late Soviet Ecology and the Planetary Crisis*; <https://monthlyreview.org/2015/06/01/late-soviet-ecology-and-the-planetary-crisis/>.

<sup>3</sup> Tariq Ali (2017), op. cit.; *Epilogue: On climbing a high mountain*, by V.I. Lenin, p. 339-341.

<sup>4</sup> Siehe das Interview von Christian Stache mit ihm in: „junge Welt“ vom 17.10.2020, Beilage, S. 1 (<https://www.jungewelt.de/artikel/388566-notwendiger-protest-in-der-pandemie-das-business-as-usual-f%C3%BChr-unweigerlich-zu-katastrophen.html>)

<sup>1</sup> Unter anderem in Form eines bundesweiten Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands ab den 1960er Jahren vgl. <https://www.doew.at/>

<sup>2</sup> Ernst Hanisch, *Gibt es einen spezifisch österreichischen Widerstand?* In: Peter Steinbach (Hrsg.), *Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte*, Köln 1987, S. 163-176.

terreichischer kommunistischer Widerstandsaktivitäten einen wichtigen Beitrag zur Fortführung dieses Vermächtnisses. So heben die AutorInnen hervor, dass die Berufung der Kommunistischen Partei – auf Grundlage historisch-materialistischer Geschichtsforschung<sup>3</sup> – auf Österreich als eigenständige Nation lange Zeit als ein Alleinstellungsmerkmal betrachtet werden muss: „Im Gegensatz zur SDAP, die eine inaktive und abwartende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus eingenommen hatte, forcierte die KPÖ einen aktiven nationalen Freiheitskampf.“ (105)

An diese Traditionslinie anknüpfend richten die drei SozialwissenschaftlerInnen den Forschungsfokus nun gezielt auf die Rolle weiblicher Organisationszusammenhänge. Dafür formulieren sie als primäres Vorhaben, drei Netzwerke des Wiener Widerstands zu rekonstruieren: eine tschechische Organisation (Kommunistisch-Tschechische-Bewegung-Wien), ein jüdisches Netzwerk rassistisch Verfolgter (Mischlingsliga Wien bzw. Antifaschistische Partei Österreichs) sowie eine Untergruppe des kommunistischen Jugendverbands (Kreis VII des KJV). In diesem Zusammenhang stellen die AutorInnen für die genannten Gruppierungen heraus: „Tatsächlich sind sie – zumindest was die leitenden Personen anbelangt – alle drei dem kommunistischen Widerstand zu zuordnen.“ (13) Zweitens sollen anhand der Biographien von drei ausgewählten aktiven Frauen gängige Stereotype zur weiblichen Widerstandstätigkeit in der Forschung hinterfragt werden. Drittens

gilt es dem „langen Schatten der nationalsozialistischen Diktatur-Verbrechen nachzuspüren“ (ebd.), indem die Lebenswege sowie die Auswirkungen von Verfolgung auf die Frauen und ihre Nachkommen beforcht werden.

Um diesen vielschichtigen Ansprüchen gerecht zu werden, gliedern die VerfasserInnen das Buch in vier Teile: Nach einer geschichtlichen Einführung zur Lage Österreichs in den Jahren 1918 bis 1945, die im Vergleich zur Komplexität der nachfolgenden Abschnitte leider etwas grob bleibt, widmet sich das Forschungsteam im zweiten Teil des Buches detailreich den drei einzelnen Widerstandsnetzwerken samt ihrer erlesenen Protagonistinnen. Neben den Gemeinsamkeiten der Widerstandsformen (wie etwa politische Schulungen der Mitglieder und öffentliche Flugblätteraktionen) springen auch gravierende Unterschiede ins Auge: Die Tätigkeiten des „kommunistischen Jugendverbands“, die entlang der Biographie von Barbara Eibenstein vorgestellt werden, zeichnen sich vor allem durch Propagandatätigkeiten, Beeinflussung der ‚Massen‘ und Infiltration legaler Jugendorganisationen aus. Im Vergleich dazu streben die „tschechische Widerstandsgruppe“ und die „Mischlingsliga Wien“ in Richtung eines bewaffneten Widerstands (190). Die im Verhältnis zu den anderen vorgestellten Netzwerken besonders amorph geprägte Struktur der tschechischen Gruppe wird anhand des Schicksals der Arbeiterin Irma Trksak dargestellt, die im Verlauf des Krieges – wie auch die beiden anderen weiblichen Hauptcharaktere – in das KZ-Ravensbrück deportiert wird. Insbesondere die Memoiren der WiderstandskämpferInnen Gertrude und Otto

<sup>3</sup> Alfred Klahr (1937), Zur nationalen Frage in Österreich, Wien

Horn, Mitglieder der selbsternannten „Mischlingsliga“ – jener Gruppe, deren Organisierte nach den Rassenvorstellungen der Nazis als „Halbjuden“ galten und die später die „Antifaschistische Partei Österreichs“ (APÖ) mitgründeten – legen offen, dass in keiner anderen Gruppe ein verhältnismäßig so geringer Teil über die tatsächliche Ausrichtung der Organisation Bescheid weiß, geschweige denn sich an diversen Widerstandsaktionen beteiligt. Beide Organisationen orientieren sich im Unterschied zum KJV vermehrt an ausländischen Gruppen, organisieren den Schmuggel von gefährdeten Personen über die Grenzen oder unternehmen öffentlichkeitswirksame Sabotageakte.

Auf der Basis von Netzwerkanalysen gelingt somit die Rekonstruktion der Organisationen und ihrer Entwicklungen im Laufe der NS-Herrschaft auf grandiose Weise. Durch intensive Rechercharbeiten, welche die WissenschaftlerInnen – von der Auswertung zahlreicher Zeitzeugeninterviews, über Archivgänge inklusive der Auswertung von NS-Gerichtsprotokollen – bis ins Bundesarchiv nach Berlin führten, begeistert die (zum Teil graphische) Darstellung kleinster Organisationzellen der jeweiligen Gruppe und die gesellschaftspolitische Einbettung ihrer Funktionen und Einflüsse sowie die Gewährleistung tiefer Einblicke in die Netzwerk- und Mobilisierungsstrategien ihrer Mitglieder. Spannend ist dabei, dass die Gruppenbildungsprozesse – neben der geteilten Erfahrung politischer bzw. rassistischer Diskriminierung – vielfach auf freundschaftlichen Beziehungen beruhen und sich somit vertrauensvolle persönliche Bekanntschaften als wichtigste Ressource für das Organisationsvorhaben offenbaren

(19). Neben den sehr lesenswerten Besonderheiten der einzelnen Organisationen stechen bis hierhin zwei weitere Facetten ins Auge: Erstens sind es geschulte KommunistInnen, die auf Basis ihrer Organisationserfahrungen auch in den vormaligen (klein-)bürgerlichen Gruppen (Mischlingsliga) oder sozialdemokratisch dominierten Organisationen Führungspositionen einnehmen. Zweitens zeichnet sich bezüglich der Rolle der organisierten Frauen ein überaus durchwachsendes Bild ab: Während im KJV sowohl Frauen als auch Männer die politischen Schaltstellen besetzen, wird in den übrigen untersuchten Gruppen vielmehr eine tradierte gesellschaftliche Arbeitsteilung sichtbar. So werden primär ‚ungefährlichere‘ Aufgaben (Läufer\_innen etc.) an Frauen delegiert; Strategie und Planung bleiben hauptsächlich den männlichen Genossen überlassen. Dieser Umstand führt dazu, dass in der Mischlingsliga und der Kommunistisch-Tschechische-Bewegung-Wien vorwiegend Männer an der Spitze der Gruppen anzutreffen sind; zugleich ist aber in allen drei Netzwerken der Organisationsgrad der Frauen ungleich geringer als jener der Männer (194).

Im dritten Teil des Buches skizzieren die AutorInnen die Lebenswege der drei Protagonistinnen nach den Erfahrungen im KZ-Ravensbrück und ihrer Befreiung am Ende des Krieges. In den Jahren des Wiederaufbaus sind alle drei Parteimitglieder der KP. Während Eibensteiner aufgrund der Haftbedingungen bereits kurz nach Kriegsende verstirbt, wirken Gertrude und Otto Horn bis zu ihrem Ableben in den 1960er Jahren als aktive GenossInnen. Im Gegensatz dazu tritt die Tschechoslowakin Irma Trksak nach dem Ein-

marsch der Truppen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei aus der KP aus – tief enttäuscht wendet sie sich bis zu ihrem Lebensende vom Kommunismus ab (216). In diesem Abschnitt wird nun deutlich, dass die antifaschistische Geisteshaltung auch nach dem Krieg aufrechterhalten bleibt und sich in Aufarbeitungstätigkeiten (etwa dem Aufbau eines KZ-Verbandes, einer Institution für den Austausch zwischen den „Ravensbrückerinnen“, der bis in die Gegenwart anhält), bildungspolitischer Arbeit und parteipolitischen Aktivitäten ausdrückt.

Im letzten Teil des Buches präsentieren die AutorInnen die Ergebnisse der Befragung der Nachkommen, wobei die Antwort auf die Frage nach generationaler Weitergabe des politischen Bewusstseins vage bleibt: Während sich alle Interviewten der nachfolgenden Generation auf Demokratie und Antifaschismus verständigen, zeichnet sich das Verhältnis zum Kommunismus im Allgemeinen und der Partei im Spezifischen durch ambivalente oder gar ablehnende Gefühle aus. Die Auswertung der politischen Orientierung der Befragten geht dabei nicht über die Feststellung gerechtigkeitsorientierter, solidarischer und „kritischer“ Werthaltungen hinaus (271). Um den anfangs formulierten Anspruch einzulösen, wäre hier eine systematischere Auswertung wünschenswert gewesen. Nichtsdestotrotz wird deutlich, dass der organisierte Widerstand die befragten Kinder und Enkel der ehemaligen Mitglieder maßgeblich politisch beeinflusst. Alles in allem ein sehr lesenswertes Buch, dem nicht zuletzt großer Dank dafür erwiesen werden muss, dem Erbe kommunistischen Widerstands – insbesondere mit Blick auf weiblich gepräg-

te Aktivitäten – in Österreich ein Stück mehr verdiente Öffentlichkeitspräsenz zu gewährleisten.

*Livia Schubert*

## Zur Geschichte der DDR

*Heinz Niemann, Kleine Geschichte der SED. Ein Lesebuch. Verlag am Park, Berlin 2020, 773 S., 30,00 Euro*

Der Autor legt keine auf Vollständigkeit mit wissenschaftlicher Akribie angelegte Darstellung vor. Er verzichtete auf vollständige Nachweise aller Quellen. Manchmal fabuliert er in schriftstellerischer Freiheit. Für die Authentizität der in Anführung gesetzten Zitate verbürgt er sich im Vorwort. Dem Autor gelang so eine produktive Symbiose von kritischer Analyse aus der Sicht des Politikwissenschaftlers und aus der Sicht des Zeitzeugen.

Schwerpunkt der Betrachtung ist die zwanzigjährige Ära Walter Ulbrichts, der auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 zum Generalsekretär gewählt wurde. Für das Jahr 1956, das mit dem XX. Parteitag der KPdSU den Beginn der Entstalinisierung im Ostblock markierte, hebt Niemann Ulbrichts Einsatz für die Stärkung der Arbeiterrechte in den Betrieben hervor. In Anknüpfung an die Betriebsrätebewegung der Weimarer Republik, in der Ulbricht selbst als Funktionär unter dem Beinamen „Genosse Zelle“ aktiv gewesen war, sollten in ausgewählten Betrieben Arbeiterkomitees in geheimer Wahl mit einem Drittel mehr Kandidaten gewählt werden. Allerdings wird der Leser im Unklaren darüber gelassen, was aus dem Experiment wurde. Dass zahlreiche Gruppen von Intellektuellen alternative Reformkonzepte erarbeiteten (z.B. der

Bloch-Kreis in Leipzig, der Niquet-Keller-Kreis und der Donnerstagskreis in Berlin) kommt nicht zur Sprache. Lediglich der „winzigen Gruppe um Wolfgang Harich und Walter Janka“ wird ein „dilettantischer Versuch“ bescheinigt. Hinter diese Wertung ist ein Fragezeichen zu setzen.

Den VII. Parteitag 1967 hält Niemann für den bedeutendsten der SED-Geschichte. Er schien die Etappe des Ringens mit der stalinistischen Vergangenheit erfolgreich abzuschließen, konnte auf ein stabilisiertes wirtschaftliches und gesellschaftliches Fundament verweisen und zeigte sich fähig, ein in vielfacher Hinsicht wissenschaftlich begründetes Programm für die Herausbildung einer nichtkapitalistischen Gesellschaft mit qualitativ neuen Werten, Normen und Zielen zu beschließen.

1966 hatte Ulbricht in seiner Eigenschaft als Staatsratsvorsitzender bewusst am Politbüro vorbei einen „Strategischen Arbeitskreis“ mit Dr. Wolfgang Berger als Büroleiter ins Leben gerufen, dem rund 130 Fachleute aller wichtigen Disziplinen im Alter von 25 bis etwa 45 Jahren angehörten. Folgende Aufgaben hatte Ulbricht definiert:

- Gestaltung einer effektiven Volkswirtschaft durch Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution;
- die staats- und völkerrechtliche Anerkennung der DDR als vollberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen;
- Gewinnung fortschrittlicher Bündnispartner in und neben der SPD, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Strömungen in der Bundesrepublik zur Klärung der deutschen Frage.

Zum 100. Jahrestag des ersten Bandes des „Kapital“ wurde ein Internationales Symposium durchgeführt, auf dem Ul-

bricht ein vom sowjetischen Modell abweichendes Konzept vom Sozialismus als länger andauernde Periode zu begründen versuchte. Niemann schildert in seiner Eigenschaft als ehemaliger Leiter der Stabsgruppe zur Vorbereitung und Organisation der Konferenz den widersprüchlichen Werdegang des theoretischen Neuansatzes, der in Moskau heftigen Widerspruch auslöste. Dieser bestand in der These, dass der Sozialismus keine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab ist. Davor war es üblich, den Sozialismus nur als Übergangsphase anzusehen, in der die Gesellschaft sich von den ‚Muttermalen‘ des Kapitalismus frei machen und sich die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die zweite Phase des Kommunismus schaffen muss. Wenig beachtet wurde, dass der Sozialismus sich auf seiner eigenen Grundlage entwickelt.

Ulbricht hielt die noch bestehenden privatkapitalistischen und halbstaatlichen Betriebe sowohl volkswirtschaftlich als auch bündnispolitisch für viel zu wichtig, um sie aus ideologischen Gründen zu enteignen.

Umfassend geht Niemann auf den Volksentscheid vom 6. April 1968 zur neuen DDR-Verfassung ein. Seine Bewertung lautet: „Erst- und einmalig bis heute in der deutschen Geschichte hatte das ganze Staatsvolk die Gelegenheit, über seine Verfassung abzustimmen.“ (485) Bei einer Wahlbeteiligung von 98,05 Prozent stimmten 94,49 Prozent mit Ja. 409.733 Wahlberechtigte stimmten mit Nein. 24.353

Stimmen waren ungültig. Niemann zählte die seit 1953 illegal und legal in den Westen Abgewanderten zu den Nein- bzw. ungültigen Stimmen hinzu und kam so zu einer Legitimationsrate von rund 75 Prozent. Er widerspricht der heute verbreiteten These der herrschenden Geschichtsschreibung, die SED habe sich niemals und zu keiner Zeit auf eine Mehrheit der Bevölkerung stützen können, sie sei nie nur durch „freie Wahlen“ legalisiert worden, auch sonst in keiner Weise politisch-moralisch legitimiert gewesen. Er belegt diese Bewertung auch mit Umfrage-Ergebnissen des Instituts für Meinungsforschung, das, weil es Honecker zu unbequem war, 1978 aufgelöst wurde. Gegen Einwände aus dem Politbüro der SED und aus Moskau hatte Ulbricht im Artikel 1 der Verfassung durchgesetzt, dass die DDR als ein „sozialistischer Staat deutscher Nation“ charakterisiert wurde. 1971 hinterließ Ulbricht seinem Nachfolger Honecker einen Staat, dessen Finanzen in Ordnung waren, der eine handlungsfähige Regierung hatte und eine intakte Partei. Eine klare Mehrheit der Bevölkerung bejahte das Gesellschaftssystem und empfand diesen Staat als den ihren. Mit Honeckers Machtantritt verschwanden solche Begriffe wie „Prognose“ und „Neues Ökonomisches System“ aus der Politik. In Kraft gesetzt wurde das voluntaristische Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Durch sozialpolitische Vorleistungen sollte die Leistungsbereitschaft der Werktätigen erhöht werden. Die Aufnahme von Valutakrediten und das zügellose Wachsen der Subventionen führten schon Ende der 70er Jahre in eine schier ausweglose Situation. Für Niemann war 1979 der „Point of

no return“ erreicht – jener Zeitpunkt, an welchem eine historische Entwicklung nicht mehr umkehrbar ist. Schon zu Anfang des Jahres 1978 war das Pamphlet des „Spiegel-Manifestes“ erschienen, in dem die dahinter Stehenden meinten, es würde noch zehn bis zwölf Jahre bis zum Kollaps dauern.

Eine der entscheidenden Ursachen der tiefen Krise von Partei und Staat war die Existenz eines Regimes der persönlichen Macht des Generalsekretärs. Es beruhte auf sakrosankten Parteitagebschlüssen, einem falschen Verständnis von Parteidisziplin, einem Klima der Angst vor fraktioneller Tätigkeit und einem Geflecht aus Privilegien. Als zu dem späten Zeitpunkt Ende der 80er Jahre verschiedene gesellschaftliche Gruppen auf eine gesellschaftliche Erneuerung drängten, kam es zur Selbstzerstörung.

Für Niemann endete die Geschichte der SED am 9. November 1989 und nicht erst mit dem Außerordentlichen Parteitag am 8. bzw. 15. Dezember 1989. Die Grenzöffnung beendete alle Bemühungen der SED-Reformer und besiegelte auch die Niederlage aller oppositioneller Gruppen der Bürgerbewegung.

*Siegfried Prokop*

## **Von der Macht in die Opposition**

*Peter-Rudolf Zotl, Das Ende und der Anfang. Das Wendejahr 1989/90 und die PDS in Berlin, Verlag am Park/Edition Ost, Berlin 2020, 332 S., br. 17,00 Euro*

Die Zeit ist schnelllebig. Heute sorgen sich viele um das Profil der Partei Die Linke. Sie fragen, was an ihr sozialis-

tisch, friedensorientiert, sozial sein soll, wenn sie sich dem grün-rosa-Mainstream vermeintlicher Opposition mit einer Machtoption anschließt. Das Motto der hier zu besprechenden Erinnerungen ist eindeutig: „Jede Zeit hat ihre Wahrheiten, und jede Zeit hat ihre Legenden. Je mehr die Zeit Geschichte wird, desto krasser fallen beide auseinander. Besonders gern neigt sich die Waage zugunsten der Legenden, wenn die Vergangenheit für Traditionen erhalten soll, mit denen sich die Gegenwart legitimieren möchte. Statt sachlicher Neugier am Gestern dominiert der eitle Anspruch des Heute, dem eigenem Tun eine historische Dimension und zielstrebige Kontinuität zu verleihen. Sowie selbst inmitten großer Traditionen platziert und als deren Krönung glorifiziert zu werden.“ (7)

Peter-Rudolf Zotl hat in seinen Erinnerungen unbewusst Antworten vorformuliert, parteiisch natürlich, oft sehr ehrlich, die anregen, weiter zu bohren. Zotl, einst Politikwissenschaftler und verantwortlicher Forschungsbereichsleiter für Fragen des politischen Systems und der Demokratieentwicklung in der SED-ZK-eigenen Akademie für Gesellschaftswissenschaften, spülte es in den Wochen des radikalen Umbruchs in der DDR in die Politik. Gestern noch eine Bilderbuchkarriere eines DDR-verbundenen Intellektuellen aus bescheidenen Verhältnissen, die ihn in die Denkschmiede der SED führte. Wer verstehen will, wie damals Theorie gemacht wurde, wie engagierte Wissenschaftler und Parteimitglieder sich für ihren Sozialismus engagierten, wird hier fündig. Zotl erhebt nicht den Anspruch, „Widerstandskämpfer“ oder „Reformer“ gewesen zu sein. Er machte seine Arbeit, untersuchte Mechanismen der

sozialistischen Demokratie, war gern eingeladener Referent und Autor. Er sah Diskrepanzen zwischen den großen Zahlen erfolgreicher Demokratiebeteiligung der DDR-Werktätigen und ihrer tatsächlichen Wirksamkeit, erkannte die Karteileichen und die Doppelt- und Dreifachzählungen der Aktivsten. Brav wie die meisten seiner Kollegen trug er akribisch Fakten zusammen und hoffte gemäß des in der DDR bewährten Prinzip, dass unter der weisen Führung der Partei es Schritt für Schritt besser werden könnte, dass seine papiernen Erkenntnisse und Vorschläge für einen Ausbau dieses Demokratiesystems Praxis würden. Er hat Vorschläge gemacht, zu spät, zu halbherzig, die zu lange auf taube Ohren bei den Verantwortlichen stießen.

Im Herbst 1989 begriff er, dass diese Vorschläge kaum umgesetzt waren und vor allem, dass die politisierten Bürger, auch SED-Genossen, mehr wollten, keine Versprechungen, sondern praktisch demokratische Teilhabe. Er hatte Glück. Mit seinem Insiderwissen, seinen Ideen für den Ausbau demokratischer Beteiligung und einem unverdächtigen Renommee konnte er einer der Männer und Frauen der nun ersten Stunde sein. Die sollten versuchen, die SED neu zu ordnen, unter den Mitgliedern wieder Rückhalt zu gewinnen und gesellschaftliches Vertrauen neu aufzubauen. Über Nacht wurde der Akademiker zum Sekretär der Bezirksleitung, verantwortlich für Parteienpluralismus, Koalitionsarbeit und staatliche Angelegenheiten, gewählt. Die Zeit war vorbei, wo die Parteistruktur die staatliche dublierte, um letztlich selbst die Verantwortung für alles zu übernehmen – und damit auch für wirklich alles verantwortlich gemacht zu wer-

den. Er schildert diesen neuen Zugang zu seinem Wissenschaftsgebiet in der weit härteren Praxis einer tiefen Krise mit ihren Erneuerungschancen und ihren sich schnell abzeichnenden Risiken plastisch.

Er findet Schlüsselereignisse einer schnelllebigen Zeit, die sich im Nachhinein gut beschreiben lassen, aber für die damaligen Akteure praktisches Leben und Druck der Stunde waren. Sie hatten wenig Zeit zu Reflexion, noch weniger Möglichkeit, ihre sich entwickelnden Reformgedanken zum Allgemeinut von Partei und Gesellschaft zu machen. Das Brennglas der Hauptstadt bot zwar die spektakulärsten Ereignisse mit ihren Demos und Kundgebungen, bald mit Runden Tischen und dem Agieren der Bürgerbewegungen. Dies aber war nicht identisch mit den Vorgängen in der übrigen DDR, die dynamischer und radikalierter war, gerade im Süden. Dort erlag sie weit schneller westdeutschen Einflüsterungen, weil sie mit ihren Hoffnungen und Illusionen deckungsgleich schienen.

Über Jahre wird er stellvertretender PDS-Landesvorsitzender und vor allem Abgeordneter des zunächst Ostberliner, dann des Gesamtberliner Landesparlaments, über Jahre Fraktionsvorsitzender seiner Partei.

In sechs Kapiteln zeichnet er diese Entwicklung nach: das Ringen um das Überleben einer linken Partei an der Jahreswende 1989/90 und den Versuch, sich als zu erneuernde Partei in der neuen politischen Landschaft gegen den rechtskonservativen Mainstream und die breite Enttäuschung zu konsolidieren; die Teilnahme an den Volkskammer- und Kommunalwahlen im Frühjahr 1990 zwischen „Gestaltungswille

und Verteidigungsstrategie“; das Erlernen parlamentarischer Arbeit, die die Parlamente als Gestaltungsraum ernst nimmt. Vor allem musste der PDS-Fraktionsvorsitzende einen Platz und eine Aufgabe in Berlin als „Werkstatt der Einheit“ finden, einer Stadt, in der im Osten die PDS stark und politisch gestaltend gefordert und im Westen sich erst Akzeptanz, Strukturen und Einfluss erarbeiten musste.

Vorangestellt ist ein Essay, in dem er die Schwierigkeiten des Geschichtsschreibers ebenso herausstreicht wie die des Erinnerns der Akteure. Er fordert Ehrlichkeit ein und „stets vier Fragen ungeschönt zu stellen und ebenso nüchtern zu beantworten: Was wollten wir erreichen? Was haben wir erreicht? Was haben wir nicht erreicht? Und warum wick die realsozialistische Wirklichkeit teilweise gravierend vom sozialistischen Ideal ab? Diese Fragestellungen und deren Beantwortung können nur von uns kommen. Die wir das Ideal genauer als andere kannten und auch als persönliches Ziel akzeptierten. Die wir um viele Probleme und Widersprüche bei seiner Verwirklichung genauer als andere wussten. Die in jeder Phase von der Legitimität des realsozialistischen Versuchs überzeugt waren. Die aber auch um die Triebkräfte und Mechanismen des Irrtums, des Widerspruchs und der freiwilligen Unterwerfung wussten. Und auf deren Schultern nun eine schier übermächtige Verantwortung lastet.“ (47)

Er hat gute Argumente gegen Legenden von einem zwangsläufigen Weg in das Ende der DDR und eine vermeintlich geglückte deutsche Einheit. Er erinnert, dass Bürgerbewegte wie SED-Reformer im Einklang mit vielen Bürgern sich für eine erneuerte DDR ein-



setzten und zunächst die Option Einheit nicht im Blick hatten, ja, sie so wie sie anschlussmäßig gekommen ist auch nicht wollten. Ihn bewegt immer noch, dass in den ersten Monaten des Umbruchs die DDR „wahrhaft revolutionär“ erneuert wurde. „Ersatzlos ausgelöscht wurden alle diktatorischen Regulative (z.B. der demokratische Zentralismus und die gleichschaltende Meinungszensur), die den immer stärker werdenden Gegensatz zwischen SED, dem Staatswesen und der Bevölkerung in der DDR im Wesentlichen begründet hatten.“ Es gelang in diesen bewegten Zeiten einen Gegenentwurf praktikabel zu machen, „ein stark basisdemokratisch geprägtes politisches System, mit pluralistischen und ergebnisoffenen Entscheidungsprozessen, mit Transparenz und Kontrollierbarkeit, mit einer breit aufgestellten unabhängigen Parteien- und Organisationslandschaft, basierend auf Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit. Und mit neuen politischen Gestaltungsmomenten wie der meinungsbildenden Dialogkultur auf der Straße, mit demokratischen Gremienwahlen sowie den Runden Tischen als gesellschaftliche Mitentscheidungs- und Kontrollorgane.“ (12) Endlich gab es „Volksmacht und Volksdemokratie“. Er weiß um Unzulänglichkeiten und anarchische Momente, steht aber hinter diesem radikalen Wandel. Hier, aber auch an anderen Stellen ist eine Erklärung zu vermissen, warum dieser Ansatz so schnell im Einheitsgedöns und der Macht der etablierten Weststrukturen endete, warum denjenigen, die eben noch ihre neuen demokratischen Freiheiten nutzten, sich so schnell für ein Unterwerfen unter ein scheinbar besser funktionierendes, jedenfalls reicheres System entschieden.

Seine Erinnerungen zeigen aber auch, wie die PDS sich ihren neuen Aufgaben stellte, sich in den demokratischen Prozess einbrachte, bekämpft und gelegentlich auch geachtet wurde. Zu wenig fragt er aber danach, wie sich diese Partei, ihre Abgeordneten und Vorstände in der neuen Zeit einrichten mussten und oft wohl auch zu schnell angekommen waren in der kapitalistischen BRD. Hier ginge es um den Platz einer radikalen linken Alternative und die Risiken, wie andere einst links deklarierte Parteien, die sich ihrer Vergangenheit entledigten und ihre Ziele weichspülten. Das sind aber vielleicht Fragen, die sich seine nachfolgenden Fraktionsvorsitzenden von PDS und Die Linke stellen müssten.

*Stefan Bollinger*

## **Gegen die Hegemonie des „Antixtremismus“**

*Maximilian Fuhrmann, Antixtremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2019, Nomos Verlag, 352 S., 69 Euro*

Mit der durch die Hans-Böckler-Stiftung geförderten Promotion von Maximilian Fuhrmann ist letztes Jahr eine Dissertation veröffentlicht worden, die – der Untertitel der Arbeit verspricht nicht zu viel – einen wesentlichen Baustein des Selbstverständnisses der Bundesrepublik grundlegend problematisiert: die „antixtremistisch“ ausgerichtete „wehrhafte“ Demokratie. Zwei Grundüberzeugungen sind mit diesem Selbstverständnis verbunden: Einerseits werde die liberale Demokratie der Bundesrepublik durch soge-

nannte rechte, linke sowie „islamistische“ „Extremist\*innen“ bekämpft. Bedrohungen für eine demokratische Gesellschaft aus der politischen Mitte sowie aufgrund von Praktiken staatlicher Apparate und der Wirtschaft spielen dabei keine Rolle und werden von jedweder Verdächtigung, demokratiegefährdend zu agieren, ausgeschlossen. Andererseits müsse sich eine Demokratie gegen die „extremistischen“ Bestrebungen wehren, bevor diese politische Macht erlangen. Vornehmlich Linke haben in der Bundesrepublik zu spüren bekommen, was „antiextremistische“ Sicherheitspolitik bedeutet: KPD-Verbot, politisches Strafrecht, Berufsverbote etc. Immer wieder wurde linke Politik dadurch geschwächt. Es ist daher von großem Interesse für die gesellschaftliche Linke, über die Ablehnung „antiextremistischer“ Denkschablonen hinaus, ein Verständnis davon zu erlangen, wie der „Antiextremismus“ in Staat und Gesellschaft eingeschrieben ist, um ihn in der politischen Praxis anzugreifen.

Grundsätzlich ist dieses Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, wie Fuhrmann zeigt, nicht vom Himmel gefallen, sondern ein Ergebnis von politischen Kämpfen, die „sich in den gesellschaftlichen Strukturen verfestigt“ (298) haben. Damit hebt er hervor, dass diese Strukturen wandelbar sind und „vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftspolitischer Realitäten wieder zur Disposition gestellt werden“ (ebd.) können. Seine Studie solle einen Beitrag dazu leisten. Dass ein Aufbrechen der in Staat und Gesellschaft weit verbreiteten Einsicht, die Demokratie müsse – auch präventiv – gegen „Extremismen“ geschützt werden, kein einfaches Unterfangen ist, belegt Fuhrmann dadurch, dass er

die „antiextremistische“, „wehrhafte“ Demokratie als hegemoniale Diskursformation begreift. Jedoch erscheint hoffnungsvoll, dass sich Fuhrmanns Studie in weitere wissenschaftliche Beiträge der letzten Jahre einreicht, die im Kontext des „Antiextremismus“ gegenhegemoniale Funktionalität vorweisen. Zu nennen sind u.a. Sarah Schulz' Analyse der fdGO-Genese (Besprechung vgl. Z 120) oder neuere Forschungen zur Berufsverbotepolitik der siebziger und achtziger Jahre.

Fuhrmanns Ansatz orientiert sich an einer Hegemonieanalyse, die er methodisch an die Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe anlehnt. Er untersucht Dokumente und Debatten aus Parlamenten und Parteien, politische Texte sowie den Einfluss von „Institutionen politischer Kontrolle“ – darunter fasst er die politische Justiz, die Verfassungsschutzbehörden und die staatliche politische Bildung – und der Wissenschaft – insbesondere der Totalitarismus- sowie Extremismusforschung. So sollen sowohl die Entwicklung in jeweiligen Analysephasen als auch die Strukturen der heute bestehenden Hegemonieformation nachzollt werden. Dabei geht er auch der Frage nach, warum die diskursive Hegemonie von „Antiextremismus“ und „wehrhafter“ Demokratie stabil ist und diagnostiziert Anhaltspunkte, wie diese Stabilität durchbrochen werden kann.

Die Entscheidung für die „wehrhafte“ Demokratie habe sich nach Fuhrmann bereits mit Verabschiedung des Grundgesetzes im Jahr 1949 gegen andere Vorstellungen von Demokratie durchgesetzt und sei danach „in der Geschichte der BRD nicht mehr grundsätzlich infrage gestellt“ (100 f.) worden. Demokratie solle so präventiv, al-

so vor einer möglichen Bedrohung durch antidemokratische Kräfte, geschützt werden. In der postfaschistischen Bundesrepublik sei die Entscheidung für eine „wehrhafte“ Demokratie deswegen gefallen, weil sich diejenige Geschichtsdeutung durchgesetzt habe, dass die Weimarer Demokratie aufgrund ihrer Wehrlosigkeit gescheitert sei. Die faschistischen Kräfte seien legal an die Macht gekommen. Diese Deutung und die daraus gezogene Konsequenz einer „wehrhaften“ Demokratie stellt Fuhrmann grundsätzlich in Frage. Ebenso problematisiert er die Ausrichtung der „wehrhaften“ Demokratie „nach unten“ (93), die antidemokratische Tendenzen in der Bevölkerung zu bekämpfen vorgibt. Eine Wehrhaftigkeit „nach oben“ (ebd.), also bspw. plebiszitäre Elemente und Widerstandsrechte der Volkssouveränität, gerieten dabei in den Hintergrund.

Auch wenn die Entscheidung für eine „wehrhafte“ Demokratie „nach unten“ bereits mit Beginn der BRD-Geschichte gefallen sei, stellt Fuhrmann die These auf, dass die Ausrichtung, gegen wen genau die Demokratie „unten“ verteidigt werden solle, zunächst nicht entschieden gewesen sei. Die „antitotalitäre“ – gegen rechts und links, aber vornehmlich antikommunistisch geprägte –, „wehrhafte“ Demokratie habe sich „erst durch die Anwendung des Grundgesetzes und die Einführung des politischen Strafrechts in den Jahren 1950 bis 1952 durchgesetzt“ (100). Der Übergang zum „Antixtremismus“ habe sich schließlich ab Ende der sechziger Jahre vollzogen, da der „Antitotalitarismus“ in die Defensive gekommen sei. Dies erklärt Fuhrmann insbesondere damit, dass linke und rechte Strömungen nicht

mehr anhand der Zuneigung zu „totalitären Regimen von ‚drüben‘ und ‚früher‘, (296) zu identifizieren gewesen seien. Fortan habe sich der „Antixtremismus“ durchgesetzt, der nicht positiv, sondern negativ, anhand einer mutmaßlichen Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) bestimmt werde. Seit Mitte der siebziger Jahre seien „Antixtremismus“ und die „wehrhafte“ Demokratie hegemonial – bis heute.

Schließlich leitet Fuhrmann aus seinen hegemonietheoretischen Überlegungen sechs Punkte ab, an denen die derzeit (noch) stabile Hegemonie durchbrochen werden könne. Grundsätzlich sind diese sechs Punkte schlüssig aus seinen Analysen abgeleitet. Verschiedene Kritikansätze Fuhrmanns lohnen jedoch eine weitere Diskussion. Einer davon sei hier herausgegriffen: Fuhrmann merkt an, dass die Hegemonie des „Antixtremismus“ u.a. dadurch ins Wanken geraten könne, indem man den Begriff „Linksextremismus“ als „Containerbegriff“ (305) offenlege, da unter dieser Kategorie sehr unterschiedliche politische Ausrichtungen und Gruppierungen gefasst würden: bspw. Kommunismus und Anarchismus. Ein einigermaßen empirisch greifbares soziales Phänomen – u.a. hinsichtlich gemeinsamer Einstellungsmuster – sei bisher weder von der Extremismusforschung noch von den staatlichen Apparaten eingegrenzt worden. Zweifellos ist „Linksextremismus“ ein „Containerbegriff“ und bildet mitnichten die Heterogenität der gesellschaftlichen Linken ab. Doch dann, wenn Fuhrmann selbst von einer „Ausdifferenzierung der radikalen Linken in totalitäre (orthodox-kommunistische) und nicht- bzw. antitotalitäre Strömungen der Neuen Lin-

ken“ (258) schreibt oder die „gemeinsame Nähe [linker totalitärer Strömungen] zu orthodox-kommunistischen Ideologien“ hervorhebt, läuft er Gefahr, zu argumentieren, man müsse den Phänomenbereich „Linksextremismus“ lediglich enger fassen und wahrhaftig „linksextremistische“ von nicht-„linksextremistischen“ Bestrebungen differenzieren, um die Gefahren für die Demokratie sinnvoll zu kategorisieren.

Sicherlich waren kommunistische Bestrebungen nicht immer darauf ausgerichtet, die Eigentumsverhältnisse unter Gewährleistung von liberalen Werten wie „Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Freiheit der Meinungsäußerung [und] Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit“ zu verändern, wie bspw. auch Georg Fülberths „Extremismus“-Artikel im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus hervorhebt (1997: 1214). Es müsse sich stattdessen um einen „historischen Lernprozess“ (ebd.) der kommunistischen Bewegungen handeln. Doch dies gilt zweifellos ebenso bspw. für die Geschichte des Liberalismus. Nicht jedoch gilt dies im Übrigen für den Faschismus, der mit den genannten Werten grundsätzlich nicht kompatibel ist. An dieser Stelle wäre es wünschenswert gewesen, wenn Fuhrmann die begrenzte Analysefähigkeit der Extremismustheorie für die Gefährdung von Demokratie einerseits und dessen machtpolitisch interessierte Anwendung in der Sicherheitspolitik durch den „Antiextremismus“ andererseits stärker hervorgehoben hätte, um zu verdeutlichen, dass das Extremismusmodell grundsätzlich zurückzuweisen ist und nicht lediglich Modifikationen bedarf.

Sicherlich ist eine Fundamentalkritik gegen Extremismustheorie und „An-

tiextremismus“ dennoch Fuhrmanns Intention. Seine gesamte Arbeit bietet für einen Angriff auf die „antiextremistische“ Hegemonie zahlreiche, plausibel herausgearbeitete Anschlusspunkte. Damit hilft er nicht nur der wissenschaftlichen Debatte. Auch zeigt er damit Pfade für das politische Handeln progressiver Kräfte auf, diese Hegemonie zu brechen. Das verdient Würdigung und lässt auf Verbreitung seiner Thesen hoffen.

*Dominik Feldmann*

## Neoliberale Diktatur

*Michael Wengraf, Die rechte Revolution. Veränderte ein Masterplan die Welt? Mangroven-Verlag, Kassel 2020, 236 S., 18,- Euro*

Ausgehend von Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ spricht Wengraf von einer konzertierten Aktion, „die das politisch-intellektuelle Feld ... nach rechts rückte“, wobei er Philosophie und Sozialwissenschaften eine zentrale Rolle zumisst. Er sieht durchaus eine neoliberale Strategie, die, basierend auf ihren Stammvätern von Hayek und Milton Friedman Marktliberalismus, Deregulierung, Sozialabbau nicht nur in der Praxis durchsetzen half, sondern diese Prinzipien auch in den Köpfen der Menschen verankerte, so dass sich – so der Autor mit Verweis auf Hans Heinz Holz – der Imperialismus hinter dem ‚Tarnwort‘ Neoliberalismus verstecken konnte. Dieser Prozess konnte nur gelingen durch die tatkräftige Hilfe von Wissenschaftlern und Intellektuellen. Für den Erfolg der neoliberalen Transformation macht er den Keynesianismus mit verantwortlich, der den Kapitalismus ja nicht abschaffen wollte, sondern den subalternen Schichten

das Klassenbewusstsein genommen habe, indem er ihnen eine bescheidene Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ermöglichte (15). Dabei, so der Autor in Anlehnung an Stuart Hall, nährt der Fortbestand der formalen Demokratie die irreführende und massenwirksame Vorstellung, dass Stimmrecht echte Macht bedeute.

Mit entscheidend für den Sieg des Neoliberalismus ist für Wengraf die Linke, vor allem die Sozialdemokratie, die sich hinter einer „sentimentalen (und) ineffektiven Scheinrestauration bürgerlicher Aufklärung ... verbirgt“ (25). Das geschehe durch eine aufklärerisch-vernebelnde Phraseologie, die der autoritär-neoliberalen Herrschaft ein freundliches Gesicht verleihen solle, der korrekte Schein soll das wirkliche Sein verbergen: „Das arme Schwein darf ... nicht mehr armes Schwein genannt werden, muss aber ein solches bleiben.“ (31). Der Sieg des Neoliberalismus wurde so ermöglicht durch den „Verrat der Intellektuellen“ (Eribon) und der Linken. Er hat es so verstanden, eine Ideologie und eine Herrschaftstechnik zu schaffen, die es ermöglichten, dass (auch mit Hilfe der Gewerkschaften) das Normensystem der Gesellschaft umgekrempelt wurde: „An die Stelle von Gerechtigkeit, Solidarität und Konsens treten nun die Werte wie Individualität, Leistung, Eigenverantwortung ...“ (69). Die diktatorische neoliberale Herrschaft vermag es, sich als gesellschaftsliberales, anti-rassistisches, antifaschistisches, gendergerechtes, ja humanistisches Projekt darzustellen, in dem ja auch die Intellektuellen, wenn sie angemessen kooperieren, einen relativ auskömmlichen Platz finden, an vorderster Stelle die sogenannten „Kulturlinken“, „geläuter-

te“ Grüne und Sozialdemokraten. Soweit die nicht unzutreffende Ist-Analyse des Autors.

Diese neoliberale Diktatur, hat zwar die Fassade der Demokratie aufrecht erhalten, dahinter jedoch ein menschenfeindliches, rein profitorientiertes Diktat errichtet. Sie hat es vermocht, Gewerkschaften und alles was links ist zu entmachten, zu neutralisieren, zu kooptieren. Wo also sind die Gegenkräfte? Schon sehr früh verweist er mehrfach auf die französischen Gelbwesten, in populistischen Bewegungen sieht er den Ausdruck der wirklichen Demokratie, in der Nation das Bollwerk, das der dauerhaften Etablierung des neoliberalen Ausbeutungsdiktats die Stirn bieten kann.

Inbegriff des undemokratischen, vollendet neoliberalen Projekts ist für den Autor die EU, die die freie Marktwirtschaft institutionalisiert, die Justiz sich dienstbar, den Parlamentarismus zur Farce gemacht hat. Deshalb ist Widerstand gegen die Vorgaben der EU geboten: Folgerichtig lobt er den früheren italienischen Innenminister Salvini für seinen Kampf gegen Migranten, spendet Polen und Ungarn Beifall, weil sie ihre Rechtsprechung unter eigene, nationale Kontrolle bringen, spricht von Trumps „lächerlicher Mauer an der mexikanischen Grenze“ (184). Die Möglichkeit zur Zurückweisung der rechten Revolution sieht er in der Rückeroberung des Staates und seiner Befreiung aus der neoliberalen Hegemonie, die letztlich nur die „Legitimierung der Barbarei im Namen der Freiheit“ (192) ist, vor allem aber in der Zerschlagung der EU, der am weitesten fortgeschrittenen politischen Institution des Neoliberalismus. Mittel hierzu ist der allseits erstarkende Populismus, der,

gepaart mit dem Wunsch nach Wiedererstarken des Nationalstaats, Träger des demokratischen Willens der Menschen ist. Irritierend ist neben solchen rückwärtsgewandten Vorstellungen, dass Wengraf bei seiner radikalen Analyse kein Wort über den Internationalen Währungsfonds verliert, der wie keine andere Institution mittels seiner neoliberalen Strukturanpassungsprogramme den globalen Süden unter die Knute des Finanzkapitals gebracht und millionenfach Vertreibung, Flucht, Elend und Staatszerfall hervorgebracht hat.

Sind also die von ihm benannten Träger einer auf der Nation basierenden Bewegung gegen Globalisierung und Neoliberalismus wirklich die Kraft, die eine neue, demokratische und humanistische Ordnung bewerkstelligen kann? Erinnert er nicht, dass keiner Ideologie in ihren verschiedenen Ausformungen so viele Menschen zum Opfer gefallen sind wie gerade dem Nationalismus? Sind nicht die als Beispiele im Kampf gegen die „rechte Revolution“ genannten Staaten selbst durch und durch beherrscht von den marktwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen der von Hayeks und Friedmans? Wäre wirklich mit der Zerschlagung der EU der erfolgversprechende Kampf eingeleitet?

Angesichts der sich weltweit bildenden und immer stärker werdenden Bewegungen müsste es möglich sein, auf die verheerenden, menschen-, umwelt-, demokratiefeindlichen Folgen neoliberaler Politik hinzuweisen, den Neoliberalismus und seine scheinbar freiheitlich-humanistischen Zukunftsparen mit den realen, menscheitsvernichtenden Folgen seiner Politik zu konfrontieren, ihn mit den ihm eigenen Widersprüche zu konfrontieren, zu demaskie-

ren und zu delegitimieren. Hierzu bedürfte es eines neuen Kampfes um die Köpfe, um die sinnstiftenden Produktionsstätten in Universitäten, Medien und Forschungseinrichtungen. Sie wären unter öffentliche Kontrolle zu stellen und vom Einfluss des Kapitals (s. Drittmittelforschung) zu befreien.

Die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen hierfür wachsen: Immer mehr kritische Bewegungen wenden sich gegen die sozialen, ökonomischen, ökologischen Folgen, die das neoliberale Diktat produziert. Es muss also darum gehen, jenes viel beschworene „linke Mosaik“ mit dem notwendigen theoretischen Kitt zu versehen, der die verschiedenen, oft auf punktuelle Phänomene gerichteten Bewegungen zusammenführt und die gemeinsamen Ursachen der menschenfeindlichen Entwicklungen überzeugend benennt. Träger der notwendigen (revolutionären?) Veränderungen kann nicht das Wiedererstarken neuer Nationalismen mit Vorstellungen von ethnisch definierter Volkseinheit und inhärenten rassistischen Komponenten sein, sondern nur ein neuer Internationalismus, der basiert auf den länder- und völkerübergreifenden Gemeinsamkeiten und Betroffenheiten der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung weltweit. Ob dies jene neue „5. Internationale der Arbeiter und Völker“ sein kann, die der große Ökonom und Kämpfer Samir Amin gefordert hat, sei hier dahingestellt. So liefert das vorliegende und im ersten Teil sehr lesenswerte Buch wichtige Einsichten in die Entstehung und das Funktionieren des Neoliberalismus. Sie für den notwendigen Kampf um die Köpfe zu nutzen, bleibt angesichts des derzeitigen Zustands des globalisierten Kapitalismus eine internationale Aufga-

be. Nicht national-populistische Konkurrenzkämpfe werden dieses System überwinden können, sondern nur ein neuer, solidarischer Internationalismus, der auf die Beendigung der ausbeuterischen und zerstörerischen Herrschaft des Neoliberalismus zielt und damit jenes Abgleiten der Menschheit in die Barbarei verhindert, vor der Rosa Luxemburg vorausschauend gewarnt hat.

*Werner Ruf*

### **China als Profiteur der neoliberalen Weltordnung**

*Felix Wemheuer, Chinas große Umwälzung. Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem, PapyRossa Verlag, Köln 2019, 270 S., 16,90 Euro*

Das Buch beschäftigt sich mit den politischen und sozialen Veränderungen, die den Aufstieg Chinas ermöglicht haben. Der erste Teil behandelt den internationalen Kontext und die Veränderungen seit 1949. Der zweite Teil untersucht die innerchinesischen Verhältnisse. Dabei spielen die Veränderungen im ländlichen Raum Chinas eine große Rolle, ein Forschungsschwerpunkt des international renommierten Kölner Sinologen.

Zunächst geht es um die Veränderungen Chinas im Verhältnis zur Sowjetunion und zu den Befreiungsbewegungen der ‚Dritten Welt‘. „China reagierte nicht nur auf globale Entwicklungen, sondern gestaltete sie aktiv mit.“ (38) Die Abwendung von der Sowjetunion in den 1960er Jahren wurde von der maoistischen Führung mit der Politik der ‚friedlichen Koexistenz‘ der UdSSR begründet, die als Verrat an den Befreiungsbewegungen galt. In der Praxis spielten diese allerdings schon bald kei-

ne Rolle mehr, der Besuch von US-Präsident Nixon in Peking 1972 war „ein zentraler Wendepunkt“. (78) Wemheuer stellt die chinesische Reform- und Öffnungspolitik nach 1978 in den Zusammenhang globaler Veränderungen, die sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ankündigten: Der „ökonomischen Stagnation“ von UdSSR und Osteuropa, den Niedergang sozialistischer „Experimente“ im globalen Süden und den Aufstieg des Neoliberalismus im Westen. In der chinesischen Führung setzten sich jene Kräfte durch, die für Öffnung und marktwirtschaftliche Reformen waren, diese aber nicht einfach übernahmen. „Der KPCH ist es als einer der wenigen Regierungen des Globalen Südens gelungen, sich dem ausländischen Kapital zu öffnen und trotzdem ‚Herr im eigenen Haus‘ zu bleiben.“ (115) Zusammenfassend: „China ist, zumindest bezogen auf den rasanten Aufstieg im Weltsystem, eine große Gewinnerin des Endes des Kalten Krieges, der neoliberalen Neuordnung der Welt und des ‚amerikanischen Friedens‘ seit mehr als drei Jahrzehnten.“ China sei momentan noch bereit, „die US-Hegemonie im Weltsystem zu akzeptieren“. Daher sei der weitere Aufstieg „im großen Maß von den USA und dem freien Zugang zu Märkten abhängig.“ (127) Angesichts des großen inneren Marktes, der sinkenden ökonomischen Außenabhängigkeit und der engen Verflechtung im ostasiatischen Raum erscheint diese Feststellung zu apodiktisch. Die USA mögen noch in der Lage sein, den Aufstieg Chinas zu stören, aber kaum, ihn zu stoppen.

Der zweite Teil des Buchs schildert den sozialen Wandel in China. Die Repressionen vor allem der Mao-Ära werden nicht beschönigt: „Insgesamt betrachtet

wurde die Industrialisierung, besonders die Schwerindustrie, mit der ‚Ausbeutung‘ der Landbevölkerung und einem enormen Ressourcentransfer von der Landwirtschaft in die Industrie finanziert.“ (137) Insgesamt scheint der Autor aber die Mao-Ära insofern positiv zu beurteilen, als in dieser Periode nicht nur die „Grundlagen einer Industrialisierung Chinas“ (164) gelegt wurden, sondern auch der „Aufbau der Infrastruktur, grundlegender Bildung, des ländlichen Gesundheitssystems, lokaler Industrien ...“ erreicht wurden. (165) Die Lebenserwartung stieg von 40 Jahren 1953 auf 64 Jahre 1976, die Säuglingssterblichkeit sank um mehr als zwei Drittel, die Grundschulbesuchsquote stieg von 25 (1949) auf 84 Prozent (1965). (165 ff.) Die Gesellschaftsordnung der Mao-Ära wird als „semi-sozialistisch“ bezeichnet, weil einerseits der Grad der Selbstversorgung noch hoch war, andererseits das Mehrprodukt staatlich angeeignet und verteilt wurde. „Die eigentlich kapitalistische Entwicklung ist nicht in der Mao-Ära, sondern nach 1978 anzusetzen.“ (173)

Die Reformperiode beginnt offiziell mit der 3. Plenartagung des 11. ZK der KPCh im Dezember 1978. Um die rasanten gesellschaftlichen Änderungen einzuordnen ist Wemheuer zufolge Marx‘ Theorie der ‚ursprünglichen Akkumulation‘ hilfreich: Im Mittelpunkt der Veränderungen steht die Kommodifizierung der Arbeitskraft, die Entstehung „einer neuen Arbeiterklasse.“ (177) Wemheuer schildert die Schritte und Etappen der Reformen, die Schaffung von Kollektiv- und Privatunternehmen, die Reform der staatlichen Betriebe und die damit verbundenen sozialen Kämpfe und Veränderungen. Ein – bis heute – wichtiger Faktor war die

„Kombination von Lohnarbeit und Subsistenzlandwirtschaft“ (189): „Meinem Verständnis der ‚ursprünglichen Akkumulation‘ in China nach werden KleinbauerInnen oder Lohnarbeit in den Städten in Kombination mit Subsistenzwirtschaft auf den Dörfern in den nächsten ein oder zwei Jahrzehnten nicht komplett verschwinden.“ (203)

Wichtig zum Verständnis der chinesischen Entwicklungsdynamik ist die Abwesenheit von Privateigentum an Grund und Boden: „Ironischerweise geht der Prozess der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in China in einem noch schnelleren Tempo vonstatten, da der Staat über Grund und Boden verfügen kann. ... In dieser Hinsicht unterscheidet sich der chinesische Kapitalismus von europäischen Entwicklungswegen.“ (204) Privateigentum an Grund und Boden als Entwicklungshemmnis: Ein Gedanke, der auch im ‚westlichen‘ Kapitalismus eine nähere Untersuchung verdiente.

Am Ende diskutiert Wemheuer den Charakter der chinesischen Wirtschaftsordnung, die er trotz diversifizierter Eigentumsformen als „staatskapitalistisch“ qualifiziert (205). Ausgangspunkt ist die Nutzung der „Dynamik des Wettbewerbs“ zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Dieser sei aber nicht bloß ein technisches Element, sondern führe im Ergebnis zur Herstellung und Reproduktion von Klassenverhältnissen. Unter Rückgriff auf den von Hartmut Elsenhans entwickelten Begriff herrsche in China eine „Staatsklasse“: „Die Staatsklasse umfasst meiner Meinung nach die Kader von Partei und Staat von der Zentralregierung bis zur Kreisebene sowie die ManagerInnen des Staatssektors.“ Diese eigne sich – „auf legalem



und illegalem Wege“ – „Teile des Mehrwertes und der Renteneinnahmen“ an. (227) Eine herrschende Klasse, die sich zu einem erheblichen Teil illegaler Methoden der Bereicherung bedienen muss? Auch räumt er ein, dass die „BürokratInnen ihre Posten (und damit ihren Klassenstatus? JG) nicht an ihre Kinder vererben können.“ (229) Diese Klassendefinition knüpft an chinesische Traditionen an, in denen Wohlstand an die Ausübung staatlicher Ämter geknüpft war (231).

In einem letzten kurzen Abschnitt diskutiert der Autor die Perspektiven des chinesischen „Entwicklungsmodells“, dessen Grenzen (u.a. Umweltverschmutzung, ethnische Konflikte) sichtbar würden. Die von der Regierung erstrebte Ablösung der Exportabhängigkeit durch Entwicklung des Binnenmarktes sei nur möglich, wenn es zu einer Öffnung des Arbeitsregimes (höhere Löhne, unabhängige Gewerkschaften) käme. Akute Krisenerscheinungen sieht Wemheuer aber nicht: Die KPCh habe sich immer als ausreichend flexibel erwiesen, „die Macht der Staatsklasse scheint ... momentan nicht gefährdet.“ (248)

Auch wenn die Ableitung der „Staatsklasse“ nicht in allen Punkten überzeugt, gibt das Buch einen hervorragenden Einblick in die inneren sozialen Prozesse und Widersprüche, die mit dem Aufstieg Chinas verbunden waren und sind. Es ist eine unabdingbare Ergänzung zum China-Buch von Stefan Schmalz (vgl. Z 122, 235ff.), in dem die ökonomischen Grundprozesse im Mittelpunkt stehen.

Jörg Goldberg

## Die deutsche Sehnsucht nach Großmachtstatus

Werner Ruf, *Vom Underdog zum Global Player, Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, PapyRossa, Köln 2020, 127 Seiten, 12,90 Euro*

Der Band stellt eingangs die Versuche der Bonner Republik dar, nach der totalen Niederlage des Faschismus außenpolitisch und militärisch nach und nach wieder Fuß zu fassen. Skizziert werden die einzelnen Etappen, beginnend 1950 mit dem *Amt Blank*, über die Rolle als Frontstaat im Kalten Krieg bis zur Remilitarisierung durch die Gründung der Bundeswehr und den Eintritt in die NATO.

Dabei macht Ruf auch die Widersprüche deutlich, in denen sich die BRD bewegte: nämlich einerseits ihr Streben nach militärischen Machtressourcen und andererseits den Einschränkungen ihrer Souveränität in der Nachkriegsordnung.

Die historische Darstellung ist insofern relevant, als sie deutlich macht, dass es auch schon damals das Eingebundensein in internationale Strukturen und Kräfteverhältnisse war, das die relative Zurückhaltung Bonns auf militärischem Gebiet erklärt, inklusive des Verzichts auf Atomwaffen, und weniger eine Selbstbeschränkung auf Grundlage einer anti-militaristischen Wertorientierung. Das gilt auch, wie Ruf treffend herausarbeitet, für die grundlegende Maxime der westdeutschen Außen- und Militärpolitik, nie allein, sondern immer nur im Bündnis zu agieren.

Folgerichtig widmet Ruf dann zwei Kapitel der Rolle der EU und deren Vorläufer. Dabei macht er deutlich, dass Brüssel nicht erst mit Ursula von der Leyen die „*Sprache der Macht*“

sprechen möchte. Die westeuropäische Integration hatte als quasi zivil-ökonomischer Arm der NATO von Anfang an geopolitische Dimensionen. Allerdings war auch dabei das Verhältnis zu den USA und zur NATO im Spannungsverhältnis von Konkurrenz und Kooperation ein Dauerbrenner, immer wieder schwankend zwischen Juniorpartnerschaft und größerer Eigenständigkeit.

Ruf verweist dabei zurecht darauf, dass wirtschaftliche Stärke auch immer außerökonomische Macht begründet. Das Eintreten der EU für offene Märkte und die Freihandelsdoktrin ist dann auch die passende Ideologie, wenn man ökonomisch aus einer Position der Stärke agieren kann, wie Ruf u.a. an den Wirtschaftsbeziehungen zu den *AKP-Staaten*, d.h. den ehemaligen europäischen Kolonien, zeigt. Die Asymmetrie in den ökonomischen Kräfteverhältnissen begründet den neokolonialen Charakter dieser Beziehungen. Die schwächere Seite dagegen neigt eher zu Protektionismus, was man nicht nur an Entwicklungsländern sehen kann, sondern neuerdings auch an den Abschottungstendenzen der EU und einiger ihrer Mitgliedsländer gegenüber China – Stichwort *Huawei*.

Das Ende des Kalten Krieges und die Wiedervereinigung haben dann die Koordinaten für die weitere Entwicklung der EU und die deutsche Rolle innerhalb der Union verändert. Die Einbindung in den Integrationsprozess, ursprünglich auch zur Einhegung Deutschlands gedacht, verkehrt sich jetzt ins Gegenteil und ermöglicht es Berlin nun aus einer Führungsposition, der EU seinen Stempel aufzudrücken.

Bei der EU arbeitet Ruf insbesondere die militärische Bedeutung des Lissabon-Vertrags heraus. Unter dem Eindruck der Selbstbeweihräucherung als „*Friedensmacht*“ nehmen viele nicht wahr, dass die EU auch ein Militärbündnis ist, das seine Mitglieder zu Aufrüstung verpflichtet. Angesichts der zunehmenden Kritiklosigkeit in der Linken gegenüber dem Herrschaftsprojekt EU ist besonders verdienstvoll, dass Ruf dies in aller Klarheit beim Namen nennt. Zudem ist in den Verträgen ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der NATO vertraglich festgelegt. Bei der Osterweiterung der NATO wurde dies auch praktisch umgesetzt, und die neuen Mitglieder praktisch parallel auch in die EU aufgenommen. Ein Blockbildungsprozess par excellence unter Hegemonie der USA und der EU als Juniorpartner.

Konkretisiert wird die zunehmende Militarisierung der Union in dem Buch dann anhand der sog. *Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO)*, Mit der Vereinbarung über die Produktion „europäischer“ Kampfflugzeuge, Panzer, Kriegsschiffe und anderer Rüstungsgüter wird nicht nur der Anspruch auf eigenständige militärische Stärke erhoben, sondern, wie Ruf schreibt, der Rüstungsindustrie zugleich eine reichlich sprudelnde und zukunftsichere Profitquelle erschlossen.

Die beiden letzten Abschnitte des Bandes befassen sich dann mit den jüngeren Entwicklungen, die durch die Erosion der globalen Vormachtstellung des US-Imperialismus, den Aufstieg Chinas zur Supermacht, das Comeback Russlands als Großmacht und perspektivisch den Aufstieg weiterer Schwellenländer wie z.B. Indien gekennzeichnet sind. Das internatio-

nale System befindet sich im Umbruch hin zu einer komplexen Multipolarität - mit einem bipolaren Konflikt der beide größten Player China-USA im Zentrum. Die rapide Degradation des transatlantischen Verhältnisses bis hin zum offenen Handelskrieg ist dabei für die EU und für Berlin ein Problem, das sie in dieser Schärfe bisher nicht kannten.

Dementsprechend sind die Wortmeldungen nicht mehr zu zählen, in denen eine „strategische Autonomie“ der EU gegenüber Washington beschworen wird, ebenso wie größere „Eigenverantwortung“ Deutschlands, wie der Wille zur Großmacht beschönigend genannt wird. Ruf schildert beides an exemplarischen Fällen.

Auf neue Widersprüche, die dadurch entstehen, weist das Buch ebenfalls hin. So hat sich z.B. die Rivalität zwischen Paris und Berlin vertieft. Hatte Frankreich bis zur Wiedervereinigung eine eindeutige Führungsrolle, so verschoben sich danach die Kräfteverhältnisse zugunsten der Deutschen, was Paris insbesondere am Diktat Schäubles in der Euro- und Griechenlandkrise sauer aufstieß. Macron versucht nun die ökonomische Überlegenheit Deutschlands zu kompensieren, indem er französische Stärken wie die Atomwaffen oder den ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat nutzt, um wenigsten wieder auf Augenhöhe mit Berlin zu kommen. Zudem bestehen zum Teil tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über den Umgang mit der NATO, der Macron den „Hirntod“ bescheinigt, die langfristige Strategie gegenüber Russland, die EU-Erweiterung im Westbalkan, oder den Umgang mit der Türkei.

Insgesamt bietet das Buch einen guten Einstieg in die Probleme der Geopolitik des 21. Jahrhunderts – Probleme, die von der deutschen Linken leider viel zu wenig diskutiert werden. Dabei haben sich die in dem Band beschriebenen Großtrends nach Erscheinen noch einmal in rasantem Tempo beschleunigt. Die Welt stürzt geradezu in einen neuen Kalten Krieg hinein. Die Atomkriegsgefahr ist zurück, nicht nur wegen des Endes des Rüstungskontrollregimes, sondern auch infolge technologischer Umbrüche - vom Einsatz Künstlicher Intelligenz, über Hyperschallwaffen bis zur Militarisierung des Weltraums. Propaganda und Feindbildproduktion nehmen, wie jüngst am Fall Nawalny sichtbar, geradezu groteske Züge an. Daher braucht es dringend noch mehr solcher Publikationen wie die von Ruf.

Wenn etwas kritisch anzumerken wäre, dann vielleicht ein gewisse Unterbelichtung der Tatsache, dass die Großmachtträume in Brüssel, Berlin und Paris auch auf Grenzen stoßen und wir eine deutliche Diskrepanz zwischen Wollen und Können erkennen können. Die Unfähigkeit, der unilateralen Aufkündigung des Iran-Atomabkommens, des Pariser Klimaabkommens oder der Rüstungskontrollverträge durch die USA etwas Wirkungsvolles entgegensetzen zu können, sind ebenso Beispiel dafür, wie der Stillstand im Ukraine-Konflikt, das militärische Scheitern in Afghanistan, Libyen und Syrien oder die Handlungsunfähigkeit gegenüber dem NATO-Mitglied und EU-Beitrittskandidaten Türkei. Dabei geht es für eine Strategie emanzipatorischer Außen- und Militärpolitik im 21. Jahrhundert nicht um moralisch

oder ideologisch begründete Parteinahme, sondern um die nüchterne Auslotung von Möglichkeiten und Grenzen der herrschenden Politik im Interesse linker Alternativen.

*Peter Wahl*

## **Das Anthropozän und die globale sozialökologische Krise**

*Ian Angus, Im Angesicht des Anthropozäns. Klima und Gesellschaft in der Krise, Unrast, Münster 2020, 264 S., 19,80 Euro*

Vier Jahre nach Erscheinen des englischen Originals erscheint Ian Angus' Grundlagenwerk, ergänzt um ein Nachwort des kanadischen Autors und internationalen umtriebigen ökosozialistischen Aktivisten, endlich in deutscher Sprache. Außerdem wurde das englische Vorwort des ökosozialistischen Vordenkers John Bellamy Foster durch ein neues ersetzt, das der Salzburger Professor für Wirtschaftsgeographie Christian Zeller geschrieben hat. Der Aufbau des Buches spiegelt Angus' in der Einleitung formulierte Absicht wider, dem marxischen und engelsschen Diktum von der Einheit von Natur- und Sozialwissenschaft gerecht zu werden und dadurch zur Analyse und Überwindung neuer historischer Herausforderungen, hier vor allem der globalen sozialökologischen Krise, beizutragen. Gleichzeitig geht es dem Autor auch darum, die Kluft zwischen Ökosozialisten und Aktivisten einerseits und progressiven Naturwissenschaftlern andererseits zu überbrücken.

Im ersten Teil führt Angus allgemeinverständlich in die Grundbegriffe (Kippunkte, Klimachaos, planetare Grenzen) und -erkenntnisse der Geo-

logie und Erdsystemforschung ein. Deren führende Köpfe gehen mittlerweile davon aus, dass ab Mitte des 20. Jahrhunderts eine neue geologische Epoche angebrochen ist, die durch die Tätigkeit der Menschen geprägt wird: das Anthropozän. Im Mai 2019 hat die Anthropocene Working Group (die von den zuständigen Fachgesellschaften eingesetzten Kommission zur Klärung der Periodisierungsfrage) das neue Erdzeitalter offiziell anerkannt. Darauf verweist Angus im Nachwort. Darüber hinaus handelt die Publikation von Themen wie der „großen Beschleunigung“ (41), d.h. der empirisch aufgearbeiteten, rasanten Zunahme der Belastung des globalen Ökosystems infolge der Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie seit 1750 und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg.

Im zweiten Abschnitt des Buchs ergänzt Angus die naturwissenschaftliche Zeitdiagnose um eine Untersuchung der Inkompatibilität des Kapitalismus mit den Prozessen des Erdsystems im Allgemeinen und des fossilen Kapitalismus im Besonderen. Hier bezieht sich der Autor nicht nur, aber vorrangig auf Marx' Ökologie und auf deren mittlerweile schulbildende Ausdeutung durch den Soziologen John Bellamy Foster und seine Kollegen rund um das Journal Monthly Review. Fossiler Kapitalismus meint unter Bezug auf das gleichnamige Werk des schwedischen Humanökologen Andreas Malm (vgl. Z 115, 227ff.) die Verschmelzung von Kapital und fossiler Energie als Treibstoff der Kapitalakkumulation. Anders als Malm legt Angus seinen Schwerpunkt jedoch nicht auf die Entstehung des fossilen Kapitals, sondern auf dessen historischen Eroberungsfeldzug. Hier entwickelt er den entscheidenden Nexus mit der Erd-

systemforschung und der Geologie. Zwar habe der Angriff auf das globale Ökosystem bereits vor dem Ersten Weltkrieg (Konkurrenzkapitalismus plus Kohle) begonnen. Aber zur weltweiten Gefahr sei es erst mit der Entwicklung des „Monopolkapitalismus“ (140) – im Sinne der Weiterentwicklung Lenins durch Baran und Sweezy – und der Indienstnahme des Öls geworden. Man muss Angus' Kapitalismusverständnis und Phasenheuristik nicht überzeugend finden. Seine Schlussfolgerung lässt sich dennoch nicht bestreiten: „[M]it dem Anthropozän präsentiert uns Mutter Erde die Rechnung.“ (168)

Im dritten und letzten Teil entwickelt der Autor die ökosozialistische Alternative zu einem vom fossilen Kapital bestimmten Anthropozän. Im Grunde ist es das Einmaleins des Ökosozialismus: Der Kapitalismus ist das Hauptproblem der sozialökologischen Entwicklung. Er hat uns einen planetaren Notstand eingebrockt. Die Trennlinie verläuft auch im ökologischen Klassenkampf zwischen oben und unten. Er muss um Sofortmaßnahmen wie um die Revolution der Eigentums-, Produktions- und Herrschaftsverhältnisse geführt werden. Das Ziel ist der Ökosozialismus, in dem die Produktionsmittel in gesellschaftlichem Eigentum sind, demokratisch verwaltet und nachhaltig genutzt werden, „um den kapitalistischen Ökozid auf globaler Ebene zu beenden“ (202). Mehr Anlass zur marxistischen Diskussion gibt Angus' Skizze der „Bewegung der Zukunft“ (213). Wenig überraschend ist sie linker als die Durchschnittsvorstellungen hierzulande: Man möge nur einmal ernsthaft überlegen, ob man z.B. Fridays for Future als „antiimperialistisch“ (220) klassifizieren kann. Aber letztlich sind Angus' Kriterien ziemlich

vage. Überall, wo er konkreter wird, entsteht der Eindruck, es gehe um eine linksgrüne Volksfront. Kein Wort der Kritik zu den neuen Ökobewegungen.

Wissenschaftspolitisch und für Leser mit Vorkenntnissen der sozialökologischen Debatten sind insbesondere Angus' Kommentare im Anhang des Buches interessant, die bis heute nichts an Aktualität eingebüßt haben. Darin adressiert er zwei weit verbreitete Einwände gegen die Anthropozän-Forschung, die gerade im linken und linksliberalen Milieu en vogue sind. Erstens monieren Autoren wie etwa der Weltökologe Jason W. Moore, Naturwissenschaftler bezichtigten die ganze Menschheit, für den Anbruch des Anthropozäns verantwortlich zu sein. Angus zeigt mit zahlreichen Verweisen auf Texte und Studien führender Geologen und Erdsystemforscher, dass diese sehr wohl soziale Abstufungen in der Verantwortlichkeit vornehmen. Diese Klarstellung, das betont Angus zu Recht, sollte jedoch nicht dahingehend missverstanden werden, dass die „gesellschaftliche Analyse der Erdsystemwissenschaftler\*innen zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausreichend oder auch nur adäquat“ (231) sei. Zweitens wird kritisiert, die mutmaßliche anthropologische Verkürzung bilde sich auch im Begriff der neuen Epoche ab. Weil der griechische Wortstamm des Anthropozäns „ánthrōpos“ den Menschen bezeichne, lege er nahe, der Mensch werde als Ursache für die überwiegend negativen Einschnitte begriffen. Angus entgegnet zweierlei: „Entgegen dem, was immer (...) behauptet wird, bedeutet Anthropozän nicht ‚das menschliche Zeitalter‘ oder ‚die Epoche des Menschen‘ (...) Es bedeutet eine Zeit, in der die geologi-

schen Gesteinsschichten von Rückständen jüngsten menschlichen Ursprungs dominiert wird.“ (232) Insofern ergibt der Begriff naturwissenschaftlich Sinn. Der häufig verwendete Gegenbegriff Kapitalozän basiert faktisch auf diesem Missverständnis. Wie Angus expliziert, stützt sein Buch im Grund die Interpretation, nicht der Mensch, sondern der Kapitalismus sei die Ursache der sozialökologischen Krise des Anthropozäns. Dennoch lehnt er auch eine Identifikation der beiden Termini ab, da das Anthropozän eine 60 Jahre alte Epoche des Erdsystems sei, während der Kapitalismus – zumindest in den allermeisten historischen Interpretationen – zwischen rund 270 und 620 Jahren auf dem Buckel habe. Angus' Antikritiken sind beide valide. Gleichwohl macht er es sich zu einfach, wenn er insbesondere im zweiten Streitpunkt seine Argumentation einseitig auf eine naturwissenschaftliche Begründung stützt, die politische und sozialwissenschaftliche Verwendung aber ausklammert.

*Christian Stache*

## Geld-Theorie

*Ulrich Busch, Geldkritik. Theorien – Motive – Irrtümer, Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 65, trafo- Wissenschaftsverlag Berlin 2020, 400 S., 39,80 Euro*

„Es verwandelt die Treue in Untreue“, sagt Marx über das Geld, „die Liebe in Haß, den Haß in Liebe, die Tugend in Laster, das Laster in Tugend, den Knecht in den Herrn, den Herrn in den Knecht, den Blödsinn in Verstand, den Verstand in Blödsinn.“ (MEGA 1/2, 438) Wen wundert es da, dass das Verhältnis der Menschen zum Geld

ambivalent ist? Zu allen Zeiten haben sie es begehrt, seine Macht und Wirkungen bewundert und verteufelt.

Ulrich Busch, außerordentlich belesen, zeigt das gebrochene Verhältnis in einer informativen, verdichteten und gut lesbaren Geschichte der Geldkritik, über die er sich vereinzelt bereits in früheren Arbeiten geäußert hatte.<sup>1</sup> Er sichtet über 850 Quellen aus Wissenschaft, Kunst und Literatur, von der Antike bis heute. Gut 1860 Fußnoten zeugen von einer gründlichen Recherche. Sie bürgt für Qualität und ist typisch für Buschs Publikationen. Der Autor lässt über 800 Persönlichkeiten zu Wort kommen: Ökonomen, Philosophen, Schriftsteller und Dichter. Von Goethe und Schiller bis zu Karl May und den Brüdern Grimm ist dabei, wer Rang und Namen hat. Buschs neues Buch liest sich wie ein „Who is Who“ in Sachen Geldkritik.

Der Autor weist pseudowissenschaftliche Ansichten über das Geld zurück und entlarvt so manche Verschwörungstheorie. Er setzt sich auseinander mit falschen Auffassungen über das Geld, weiß aber, wie fragwürdig eine isolierte Geldkritik ist. Sie kann nur sinnvoll sein als Teil einer Kapital- und Gesellschaftskritik. (54) Seine Ausführungen gehen daher über das enge Thema hinaus, betreffen die Geschichte des ökonomischen Denkens generell und enthalten eine Kritik der gesellschaftlichen Umstände. Wer sich lange mit theoretischen Problemen des Geldes befasst hat,

<sup>1</sup> Siehe u.a. Ulrich Busch, Das heutige Geld im Focus alternativer Theorien und Geschichtsbilder, in: Z 102 (Juni 2015), S. 33-40; ders., Die Welt des Geldes. Zehn Essays zur monetären Ökonomie, Potsdam 2016; ders., Aspekte der Geldkritik von Aristoteles bis heute, Philosophische Gespräche, Heft 45, Helle Panke e.V., Berlin 2017.

stößt zwangsläufig auf Bekanntes. Dennoch habe ich das Buch mit Vergnügen und anregendem Widerspruch gelesen. Busch bietet ein buntes Kaleidoskop von Auffassungen, einen enzyklopädischen Überblick über kritische Stellungnahmen zum Geld, der beeindruckt. In akademische Gefilde wird das Buch trotzdem kaum vordringen. Dort lehren Dozenten des Mainstreams, die allein für erwähnenswert halten, was sie selbst glauben.

Busch betrachtet das Geld nicht nur als Ökonom. Er lässt auch philosophische, anthropologische, psychologische, ethisch-moralische, religiöse, kulturelle und andere Sichten zu. Das ist ein Vorzug des Buches. Und zugleich dessen Nachteil. Busch, der einhundertelf (!) Gelddefinitionen auflistet, die sich z.T. überschneiden, darunter auch sehr oberflächliche, legt sich nicht fest. Es gäbe keinen „allgemein-gültigen Geldbegriff“ – einen, den alle akzeptieren. Er hält mehrere Definitionen und vermeintliche Entstehungsgründe für aussagekräftig. Selbst außerökonomische Erklärungen imponieren ihm. Irritationen sind so unvermeidlich. Geld sei „ein komplexes Zivilisationsprodukt, das ursächlich weder monokausal noch aus der Sicht einer einzigen Disziplin erklärt werden“ könnte. (27) Geld sei „trotz seiner herausragenden Rolle, die es in der Wirtschaft spielt, keine rein ökonomische Kategorie.“ Sie könne „folglich auch nicht allein durch die Ökonomie erklärt werden.“ (26) Dem kann man durchaus zustimmen. Doch die zentrale Frage des Ökonomen ist nicht, wie man das Geld nichtökonomisch erklären kann, sondern wie man es ökonomisch begründen muss. Der Fehler ist nicht, außerökonomische Gelderklärungen gelten zu lassen, sondern mit ihnen

ökonomische ersetzen zu wollen. Wer sich die religiöse Erklärung des Geldes zu eigen macht, verlässt die Definitionsebene des Ökonomen, hat offenbar einen nichtökonomischen Begriff vom Geld und muss die Entstehung des Geldes aus dem geldlosen Warentausch – dem angeblichen Mythos der Wirtschaftswissenschaften<sup>2</sup> – ablehnen. Wer wie Busch das Geld und seine Herkunft mit kultischen und religiösen Inhalten verknüpft, entfernt sich, egal, ob er das will oder es ihm bewusst wird, vom ökonomischen Wesensverständnis. Geld als Opfer oder Statussymbol zu sehen, hilft nicht, es als zentrales Element der Warenproduktion zu verstehen. Es gibt Autoren, die sich mit der Aura umgeben, Marxist zu sein, und, wenn sie auf die Entstehung des Geldes zu sprechen kommen, die Wertformanalyse ausblenden. Mit ihr hatte Karl Marx bekanntlich das Geldrätsel gelöst. Sie begnügen sich meist mit Hinweisen auf Wilhelm Gerloffs durchaus auch heute noch lesbare Arbeit<sup>3</sup> und auf Bernhard Laums „Heiliges Geld“.<sup>4</sup> Busch, der beiden Autoren entsprechenden Platz einräumt, ignoriert Marx' Erklärung der Geldentstehung nicht. Er meint, es handele sich um eine theoretische Konstruktion, die im Wesentlichen

<sup>2</sup> Der Tauschhandel sei eine Fantasievorstellung, behauptet Graeber, der eine unbewiesene These aus dem anthropologischen Standardwerk von Caroline Humphrey übernimmt und die Ergebnisse der wirtschaftshistorischen Forschung komplett ignoriert. (David Graeber, *Schulden. Die ersten 5.000 Jahre*, 7. Aufl., Stuttgart 2012, S. 29 ff).

<sup>3</sup> Wilhelm Gerloff, *Die Entstehung des Geldes und die Anfänge des Geldwesens*, Frankfurt/M. 1947.

<sup>4</sup> Bernhard Laum, *Heiliges Geld. Eine historische Untersuchung über den sakralen Ursprung des Geldes*, Tübingen 1924.

logischer Natur sei. Im Gegensatz zu den Autoren der „Neuen Marx-Lektüre“ gibt er aber zu, dass sie sich „auf historische Sachverhalte (stützt) und zugleich ein Modell der historischen Entwicklung (verkörpert)“ (31), dessen „Reichweite aber mit dem Ende des Goldstandards an ihre Grenzen gekommen zu sein scheint.“ (229) US-Präsident Nixon hätte das Geldwarendasein des Goldes *definitiv* beendet, indem er die Verpflichtung aufhob, ausländischen Zentralbanken Dollars in Gold zu wechseln. Buschs apodiktisches Urteil ist nicht unproblematisch. Jene Entscheidung kann anders ausgelegt werden. Die es tun, sind nicht „unbeeindruckt von den aktuellen Entwicklungen auf monetärem Gebiet“, wie Busch glaubt. (33) Sie legen sie anders aus. Auf die entsprechenden Argumente geht Busch nicht ein. Er dagegen ignoriert, dass die Zentralbanken bis zu 350 000 (!) Doppelzentner des edlen Metalls als Währungsreserve halten. Man kann im Beharrungsvermögen der Notenbanken ein Relikt einer vergangenen Zeit sehen, meinetwegen ein groteskes obendrein. Der Fakt wird so aber mit keinem Wort erklärt.

Busch hat recht, dass die Geldkritik oft nur eine Kritik des Kapitals oder des Zinses ist. Manche Kritiker verwechseln Geld und Kapital oder fassen die Begriffe als Synonyme auf. Der Autor zeigt das Fehlerhafte dieser Identifikation, ohne selbst die Begriffe Geld und Kapital umfassend abzugrenzen. Geld und Kapital sind zum einen Gegensatz, zum anderen überschneiden sie sich, gehen ineinander über und setzen sich gegenseitig voraus.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Zum Verhältnis von Geld und Kapital vgl. Klaus Müller, Profit, Köln 2016, S. 9-19.

Busch deckt überzeugend Fehler und Unzulänglichkeiten der Geldkritik auf, schöpft aber das Kritikpotenzial nicht aus. So lässt er die „Definition“ Geld sei ein „knapp gehaltenes Nichts“ ohne Kommentar stehen. An anderer Stelle bezeichnet er sie sogar als den „wohl überzeugendste(n) Vorschlag zur Lösung des ‚Geldrätsels‘“.<sup>6</sup> Diese Begriffsbestimmung ist, wenn nicht absurd, zumindest sprachlich fragwürdig. Wie soll man sich das vorstellen, Nichts knapp oder nicht knapp zu halten? Geld – nur ein abstraktes Symbol, Zeichen, Zahl, belegter Speicherplatz im Rechenwerk? Eine derart abstruse, nichtssagende Wesensbestimmung des Geldes kann sich nur halten – es sind keineswegs wenige, die glauben, sie treffe zu – weil sie Reales widerspiegelt wie die Erscheinungsform des Buchgeldes und die Tatsache, dass Banken Kredite vergeben in einem Umfang, der die bei ihr deponierten Ersparnisse übersteigt. Ist mit der „Nichts-aus-Nichts-These“ gemeint, Geschäfts- und Zentralbanken könnten nach Belieben, also voraussetzungslos, Geld in den Umlauf bringen, ist dem aber dezidiert zu widersprechen.<sup>7</sup> Wie auch der Mär, die Zentralbanken könnten mit ihrer Geldpolitik das Preisniveau und das Wachstum der Volkswirtschaft nach ihrem Gusto steuern.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Ulrich Busch, Geld: NICHTS, geschöpft aus NICHTS, in: Das Blättchen, 17. Jg., Heft 2/2014.

<sup>7</sup> Zur Kritik dieser Auffassung vgl. Klaus Müller, Auf Abwegen. Von der Kunst der Ökonomen, sich selbst zu täuschen, Köln 2019, S. 247, 252-259.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Müller, Klaus, Zentralbanken: Überschätzte Steuerungsfähigkeit?, in: Z 102 (Juni 2015), S. 23-32.



Auch die Identifikation von Geld und (übertragbaren) Kredit ist eine unzulässige Verkürzung. Die willkürliche Reduktion erfasst nur unzureichend den Zusammenhang, die Unterschiede und das Zusammenfallen von Geld und Kredit. Zwar kann Geld als Kredit auftreten und Kredit in Geldform gewährt und getilgt werden, das eine kann aber nicht mit dem anderen definiert werden. Es gibt Geld, das Kredit ist und es gibt Geld, das kein Kredit ist. Außerdem kann das Kreditvolumen einer Volkswirtschaft – die Summe der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten – steigen oder fallen, ohne dass sich die Geldmenge ändert.<sup>9</sup>

Buschs Geldkritik erweist sich als ein Plädoyer für das Geld. Es werde selbst in künftigen, möglicherweise postkapitalistischen Gesellschaften unentbehrlich sein. Damit widerspricht er jenen, die sich eine sozialistische Gesellschaft ohne Ware, Markt und Geld vorzustellen versuchen. Vermeintliche Alternativen zu einer Geldwirtschaft wie Tauschringe und dergl. hält er für chancenlos. (171, 300) Manchmal neigt er dazu, ein wenig zu übertreiben. So dehnt er sein Lob des Geldes aus auf die Finanzinstitutionen, die für ein effektives Funktionieren der Volkswirtschaft gebraucht werden, aber durch hochspekulative Transaktionen oft mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften. Busch polemisiert mit Recht gegen Forderungen, die Banken zu zerschlagen. Noch sind sie nützlich; vielleicht werden sie einst von selbst verschwinden, wenn es ihrer Vermittlung im Blockchain-

Zeitalter nicht mehr bedarf. Eine Regulierung der Finanzmärkte zur Erhöhung ihrer Effizienz – wozu braucht man hunderte von Krankenversicherungen? – und zur Vermeidung von finanziellen Exzessen ist aber geboten.

Auch „Kleinigkeiten“ können stören. Wer wie Busch durchgängig zwischen einer „Realsphäre“ und einer „monetären Sphäre“ unterscheidet, sagt damit, dass die Letztere nicht real sei. Korrekt müsste unterschieden werden zwischen einer Güter- und einer Geldsphäre. Busch schmückt seine Arbeit mit Aphorismen, Sinnsprüchen und Zitaten, geistreichen und weniger gewitzten. Sie bereichern den Text, lockern ihn auf und erhöhen die Leselust. Vor Jahren sagte der Autor zu mir, er wolle nichts mehr schreiben über das Geld. Zum Glück hat er den Vorsatz immer wieder gebrochen. Ich teile nicht alle seine Ansichten, habe sein neues Buch aber sehr gern gelesen, weil es gehaltvoll ist und anregt zum Nachdenken. Es ist allen zu empfehlen, die sich für das Thema interessieren, egal ob sie Vorwissen besitzen oder nicht.

*Klaus Müller*

## **Zermalnte Mythen**

*Ulrike Herrmann, Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen. Warum es kein Wunder ist, dass wir reich geworden sind. Westend Verlag, Frankfurt/M. 2019., 320 S., 24,00 Euro*

Es gibt wohl nicht viele Sachbücher, die es an Spannung und Lesevergnügen mit einem Roman aufnehmen können. Auf das hier in Rede stehende trifft beides zu. Ursächlich dafür ist nicht nur der stets flüssige und zeitweilig mitreißende Schreibstil - die Autorin kann wirklich

<sup>9</sup> Ausführlicher in: Stephan Krüger, Klaus Müller, Das Geld im 21. Jahrhundert. Die Aktualität der Marxschen Wert- und Geldtheorie, Köln 2020, S. 45-50.

schreiben -, sondern hauptsächlich der Umstand, dass Herrmann die Gründungsmythen der Bundesrepublik, die gesamte 'große Erzählung' (Lyotard), nicht dekonstruiert, sondern schlicht zerschmettert. Dazu reichen ihr ca. 250 Seiten Text (zzgl. Anmerkungen, welche die Aussagen der Autorin nachvollziehbar machen und belegen, sowie Literatur) in großzügiger Typographie.

Herrmann ist gelernte Bankkauffrau, zudem studierte sie Geschichte und Philosophie. Seit ca. 15 Jahren ist sie Wirtschaftsredakteurin der TAZ. Dem vorliegenden Text kommen diese Qualifikationen zu Gute, da Herrmann nicht nur eine kurze Wirtschaftsgeschichte der BRD vorlegt, sondern auch den ideologischen Überbau betrachtet, dies aber eher kursorisch.

Bis heute dominieren hauptsächlich vier Mythen den Blick auf die Gründungsjahre der BRD, was sowohl auf die Wissenschaften wie auch auf das Alltagsbewusstsein zutrifft. Diese lassen sich kurz auf folgende Begriffe bringen: Es gab ein ‚Wirtschaftswunder‘, dessen Vater Ludwig Erhard war. Dieser führte die ‚D-Mark‘ ein und begründete die ‚soziale Marktwirtschaft‘. Die ‚Bundesbank‘ sorgte für Stabilität und machte die D-Mark stark. Zu diesen Mythen gesellten sich in jüngerer Zeit noch die ‚Exportüberschüsse‘ hinzu. So „wird der Eindruck erzeugt, als wäre es allein der deutschen Raffinesse zu verdanken, dass die Bundesrepublik reich wurde“ (12).

Die Analysen beginnen mit einem Blick auf Nazi-Deutschland, welches Herrmann als „Schwellenland“ einordnet (14), in welchem es der Bevölkerung wirtschaftlich schlechter ging als in der Weimarer Republik. Die weitgehende

Umstellung auf Kriegswirtschaft schaffte zwar Vollbeschäftigung, aber keinen Wohlstand. Es gab während des Krieges keine Hungersnöte, der Hunger erreichte Deutschland erst nach dessen Ende. Die Besatzungszonen mussten von den Siegern mit Nahrungsmitteln versorgt werden, dennoch herrschte verbreitet Mangel. Die Zusammenlegung der britischen und amerikanischen Zonen schaffte Verbesserung, Es grassierten mangelbedingte Infektionskrankheiten sowie der Schwarzhandel. Zudem war die Wohnungssituation infolge der Zerstörungen schwierig. Anders sah es für die Wirtschaft aus. „Trotz der gewaltigen Bombenschäden gab es 1948 immer noch ungefähr genauso viele Fabriken und Maschinen wie zu Kriegsbeginn 1939.“ (...) Auch die Demontagen (...) machten nur etwa vier Prozent der Industrielleistung von 1938 aus“ (34). Die Voraussetzungen waren also bei weitem nicht so schlecht, wie vielfach angegeben. Das größte Problem waren die zerstörten Transportwege (mehr als 90 % der Straßen waren unbrauchbar, bei Schienen- und Wasserwegen sah es ähnlich aus). „Sobald die ersten Züge wieder rollten, erholte sich auch die Wirtschaft“ (35). Sie wuchs also schon lange vor der Währungsreform wieder. Dass die Bevölkerung einen anderen Eindruck haben mochte, führt die Autorin auf einen einfachen Mechanismus zurück. Es war ein offenes Geheimnis, dass es eine Währungsreform geben würde. Natürlich hielten die Unternehmer ihre Produkte zurück, sodass die Läden leer waren. Kaum war die D-Mark da, waren die Regale voll mit dringend benötigten Artikeln. Dieser Effekt hatte mit der D-Mark nichts zu tun.

Die Einführung der D-Mark ist bei der Bevölkerung mit Ludwig Erhard ver-

bunden, was völlig falsch ist. Herrmann zeichnet den Prozess nach und benennt auch den eigentlichen Verantwortlichen: Edward A. Tennenbaum. Die D-Mark war ein Projekt der US-Amerikaner. die ‚Sonderstelle Geld und Kredit‘, der Erhard vorstand, wurde vom Wirtschaftsrat der Bizone mit der Entwicklung eines Reformkonzepts beauftragt, das aber nie zum Tragen kam. „Die Westdeutschen hatten mit der Währungsreform nichts zu tun (...). Besonders unwichtig dabei war übrigens Erhard ...“ (41). Die D-Mark löste auch kein Wachstumswunder aus. Es ist ein normaler Reflex, dass die Wirtschaft wächst, wenn stabiles Geld anstelle von Tauschhandel tritt, der vor der Reform vorherrschte. Herrmann vergleicht im Anschluss die Wachstumsraten der bundesdeutschen Wirtschaft mit denen anderer Ländern. Es gibt im Vergleich mit Frankreich und Österreich keine nennenswerten Unterschiede in den Wachstumsraten von 1950 bis 1973. Hier weist die Autorin auch darauf hin, dass Frankreich und Österreich viele Industrien in Staatseigentum überführten, was in der BRD nicht geschah. Dem Wachstum hat es nicht geschadet: „Ein aktiver Staat störte jedenfalls nicht (...)“ (44). Konstitutiv für das starke Wachstum der kontinentaleuropäischen Wirtschaften war der Umstand, dass der technische Rückstand zu den USA verringert werden konnte. „Man kopierte, was in den USA und Großbritannien längst Standard war. Mit Erhard hatte dieses ‚Wunder‘ nichts zu tun“ (ebd.).

Ludwig Erhard, dem Herrmann zahlreiche Fehler nachweist, ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Sie bezeichnet ihn wiederholt als „Lügner“ (u.a. 10, 58, 72, 79, 251) und macht deutlich, dass dieser in erster Linie „ein talentierter

Selbstdarsteller“ (53) war, zudem ein allenfalls mäßiger Ökonom, ein schlechter Minister und Kanzler, der mehr Schaden als Nutzen produzierte. Adenauer wäre ihn am liebsten los geworden, was wohl aus Opportunitätsgründen nicht geschah. Erhard selbst hat sich eine Biographie selbst gestrickt, die ihn als Opfer des NS-Regimes, ja als Quasi-Widerständler erscheinen ließ. Fakt ist: „Er kooperierte eng mit dem NS-Regime und profitierte persönlich stark, was er später zu verbergen suchte“ (58). Auch seine akademische Laufbahn war, bei Licht betrachtet, eher das Ergebnis von Beziehungen als von eigener Leistung: er wurde Honorarprofessor. Einen wissenschaftlichen Beitrag von Belang hat Erhard nie erbracht. Er wurde Wirtschaftsminister unter Adenauer. Da Erhard marktliberal war, hatte er die Unterstützung der Industrie. ‚Soziale Marktwirtschaft‘ hatte für Erhard nur eine Bedeutung: „Der Staat müsse nur den Wettbewerb schützen; keinesfalls dürfe er umverteilen“ (76). Es wundert also nicht, dass Erhard mit wichtigen Leuten aus der Wirtschaft vernetzt war, was dazu führte, dass Unternehmer „einen Verein namens ‚Die Waage‘“ finanzierten, „der nur den Zweck hatte, Werbung für den Wirtschaftsminister zu machen“ (75). Ein Schelm, wer jetzt an die ‚Initiative neue soziale Marktwirtschaft‘ denken sollte!

Aus heutiger Sicht steht Ludwig Erhard eher für politische Positionen, die in der AFD prominent sind: gegen europäische Integration (lieber bilaterale Freihandelsverträge), für den starken Nationalstaat, gegen jede Form staatlicher Regulierung (der Markt ist „sozial“), keine gemeinsame Währungspolitik (lieber frei handelbare Währungen).

Kurz: „Wenn sich der angebliche Vater des Wirtschaftswunders durchgesetzt hätte, wäre dieses Wunder früh beendet gewesen“ (101), denn die BRD hat vom gemeinsamen europäischen Markt stark profitiert. Das vermeintliche Wachstumswunder entstand u.a. aus dem „Marshallplan, der Europäischen Zahlungsunion und dem gemeinsamen Markt“ (102). „Die Bundesrepublik war nie besonders sozial, und in den vergangenen 70 Jahren hat sich die Ungleichheit noch deutlich verschärft“ (253).

Die Bundesbank war jeder parlamentarischen Kontrolle entzogen (was auch für die EZB zutrifft). Ihre Aufgabe bestand nahezu ausschließlich darin, für D-Mark –Stabilität, d.h. eine kontrollierte Inflation zu sorgen. Herrmann zeigt die Schwäche eines solchen Konzepts klar auf. In den 60er Jahren sowie im Zusammenhang der Wiedervereinigung führten Zinsentscheidungen der Bundesbank zu Rezession und Massenarbeitslosigkeit. Zudem vertrat sie „stets und einseitig die Interessen der Geldbesitzer“ (172).

Es folgen u.a. Betrachtungen zur Wiedervereinigung, zur Agenda 2010, der Finanzkrise ab 2007, sowie zur Eurokrise. Enttäuschend sind Herrmanns Ausführungen zur DDR. Hier werden lediglich Klischees reproduziert: Vassallenstaat, Auslandsverschuldung, ineffektive Wirtschaft usw. Diese Ausführungen tragen zum Text eigentlich nichts bei und wären besser unterblieben. Das Fazit, dass die Einheit „sich weitgehend selbst finanziert (hat), weil der Umbruch im Osten einen Wirtschaftsschub ausgelöst hat“ (194), hätte der Plattheiten vorher nicht bedurft.

Dennoch ist die Lektüre ein Vergnügen. Der Text ist faktenreich, unter-

haltsam und immer wieder voller Überraschungen. Auch wenn Vieles schon bekannt sein dürfte: der Umstand, dass die Legenden um die frühen Jahre der BRD noch heute wirken, macht dieses Buch äußerst lesenswert.

Edgar Radewald

## Ökonomen auf Abwegen

*Klaus Müller, Von der Kunst der Ökonomen, sich selbst zu täuschen, Papy-Rossa Verlag, Köln 2019, 335 S., 24,00 Euro*

Wer sich auf Abwege begibt, dem mangelt es häufig an einer klaren Sicht. Was für viele Bereiche des alltäglichen Lebens gilt, attestiert Klaus Müller auch für die Wirtschaftswissenschaften. Das Buch des Chemnitzer Ökonomen und emeritierten Professors unterzieht sowohl grundlegende Probleme als auch eine Vielzahl aktueller ökonomischer Themen einer kritischen Betrachtung. Müller zeigt in seinem Buch schlüssig und mit vielen Beispielen, wie und warum sich nicht nur die Protagonist\*innen der zeitgenössischen Mainstream-Ökonomik, der Neoklassik, sondern auch prominente marxistische Autor\*innen regelmäßig „auf Abwege“ begeben. Eine zentrale Rolle spielt die Anwendung marxistischer Dialektik mit der Erkenntnis, dass auch in ökonomischen Fragen der Schein trügen und die Sicht auf das Wesen der Dinge verschleiern kann.

Müllers Streifzug durch die verschiedenen Themengebiete ist umfassend. Die ersten zwei Kapitel behandeln grundlegende Probleme. Er beschäftigt sich mit der Frage, was es für die Wirtschaftswissenschaft bedeutet, dass in komplexen und komplizierten Systeme

men alles mit allem zusammenhängt und das Wahrnehmbare relativ und eingeschränkt ist. Empirie spielt eine wichtige Rolle in der ökonomischen Forschung. Dies unterstreicht die Relevanz von Müllers Überlegungen, ob und unter welchen Umständen es überhaupt möglich ist, Ursache-Wirkungs-Beziehungen zu ermitteln. Wo in der Theorie und den Modellen eine Wirkung in eine bestimmte Richtung unterstellt wird, sind laut Müller oft weit aus komplexere Beziehungen am Werke, die bei einer simplifizierten Untersuchung zu Trugschlüssen führen können. Müller beschreibt anhand anschaulicher Beispiele und Ausführungen, warum Dialektik eine sinnvolle Methode ist, mit der man sowohl die Ganzheit des ökonomischen Systems als auch dessen immanente Widersprüche und Dynamiken erfassen kann. Die Erkenntnis, dass ein Unterschied existiert zwischen Erscheinung und Wesen der Dinge eröffnet die Möglichkeit, auch scheinbar widersprüchliche ökonomische Phänomene zu durchdringen. Müller befasst sich im Verlauf dieser ersten beiden Kapitel beispielhaft mit diversen wirtschaftlichen Zusammenhängen und diskutiert Probleme und Widersprüche, in denen sich die Bürgerliche Ökonomik verfängt. Ein interessantes Beispiel hierfür sind Müllers Überlegungen zum Zusammenhang von Deflation mit Überproduktion und Krisen. Müller argumentiert, dass deflationäre Tendenzen nicht so problematisch sind, wie bürgerliche Ökonomen befürchten und dass diese sich außerdem in der Richtung der Ursache-Wirkung Beziehung irren. Deflation sei nicht die Ursache von Überproduktion und Krisen, sondern umgekehrt resultiere die Geldmenge immanent aus

der wirtschaftlichen Produktion. Dieses Beispiel illustriert ein Problem, das im Buch häufiger angesprochen wird. Bürgerliche Ökonom\*innen begeben sich regelmäßig auf „Abwege“, da sie die Sphäre der Produktion nicht als Ausgangspunkt für wirtschaftliche Phänomene erkennen. Ein weiteres spannendes Thema, das Müller in diesem Zusammenhang behandelt, ist die Frage nach dem Zusammenhang von Arbeitsplätzen und Löhnen. Während neoklassische Ökonom\*innen ausgehend von der Angebotsseite darauf bestehen, dass niedrige Löhne zu mehr Arbeitsplätzen führen, betrachten Keynesianer das Problem von der Nachfrageseite. Sie argumentieren gegenteilig, nämlich dass gerade höhere Löhne über eine erhöhte Nachfrage zu mehr Arbeitsplätzen führen. Müller löst diesen Widerspruch auf und zeigt, dass von beiden Aussagen keine völlig richtig oder falsch ist. Was beiden Seiten verborgen bleibt, zeigt die marxistische Analyse: Es folgen nicht die Beschäftigungszahlen der Lohnhöhe, sondern die Löhne der Beschäftigung. Wieder ist die Produktionssphäre der unerkannte Ausgangspunkt für ökonomische Bewegungen.

Im Dritten Kapitel widmet sich Müller der eingehenden Betrachtung wichtiger Begriffe aus der marxistischen politischen Ökonomie: Ware, Wert, Arbeit, Geld und Profit. Er diskutiert zahlreiche innermarxistische Debatten, die sich um die theoretischen Zusammenhänge hinter diesen Begriffen drehen und bezieht regelmäßig kritisch die Sicht der bürgerlichen Ökonomik mit ein. In diesem Kapitel bezieht Müller immer wieder Stellung gegen eine enthistorisierte, formal-logische Lesart, wie sie etwa von der Neuen Marx-

Lektüre unternommen wird. Im Kapitel über die Ware widmet er sich beispielsweise einer innermarxistischen Debatte über die Frage, ob Marx zu Beginn des ersten „Kapital“-Bandes die einfache, abstrakte Warenproduktion oder die schon entwickelte kapitalistische Warenproduktion beschreibt. Müller argumentiert dialektisch und zeigt, dass es sich bei diesen beiden Standpunkten nur um einen scheinbaren Widerspruch handelt. Die konkrete kapitalistische Warenproduktion ist die besondere Form der allgemeinen, abstrakten Warenproduktion. Marx behandelt damit sowohl die allgemeine als auch die besondere Form der Warenproduktion, da die Gesetze des Allgemeinen auch im Besonderen wirken. Im Abschnitt über den Wert diskutiert Müller die drei Dimensionen des Werts: den gesellschaftlichen Charakter, die Substanz des Werts, die abstrakt-menschliche Arbeit und schließlich die Wertgröße. Letztere ist bestimmt durch das Quantum der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Hier folgt ein aufschlussreicher Abschnitt über die Probleme und Widersprüche der Grenznutzenlehre, wie sie in der Neoklassik verfolgt wird. Letzteren sei es nicht gelungen, mit ihrer subjektiven Grenznutzentheorie die objektive Arbeitswerttheorie Marxens zu widerlegen. Sie hätten sich im Gegenteil in einer durch komplexe mathematische Formeln verschleierte Theorie verirrt. Die Theorie basiere auf tautologischen Definitionen, die schließlich auch in ihren Erkenntnissen zu nicht mehr als tautologischen Schlüssen komme. Ausgehend von der Marx'schen Werttheorie geht Müller im Abschnitt über die Arbeit der Frage nach, ob die marxistische Arbeitswert-

theorie überholt ist und widmet sich im Kapitel über das Geld der Diskussion um die Gültigkeit marxistische Geldtheorie, insbesondere der Frage nach der Existenz einer Geldware. Die Ablehnung und das Missverstehen der marxistischen Arbeitswerttheorie durch bürgerliche Ökonom\*innen resultiere daraus, dass konkret-nützliche und abstrakt-menschlicher Arbeit nicht differenziert betrachtet bzw. nicht richtig verstanden werden. Der Profit als Erscheinungsform des Werts wird im letzten Abschnitt dieses Kapitels diskutiert. Müller stellt sich hier wie im Verlauf des ganzen Buches klar gegen die Unterstellung der Neuen Marxlektüre, Engels habe Marx' Werk verfälscht und so zu falschen Schlussfolgerungen der sog. „Traditionsmarxisten“ geführt.

Das Buch endet mit einem Kapitel über Sinn, Möglichkeiten und Problemen bei der Nutzung ökonomischer Modelle. Müller zufolge könnten auch simplifizierte und abstrakte Modelle einen Erkenntniszweck erfüllen. Er kritisiert jedoch, dass Schlussfolgerungen aus einfachen Modellen nicht verabsolutiert werden dürfen, wie dies in der Neoklassik häufig geschieht. Positiv bewertet er, dass sich ökonomische Theoretiker\*innen und Forscher\*innen zunehmend um realitätsnähere Modelle bemühen, die gegenseitige Erkenntnisse miteinbeziehen.

Wie die Beschreibung des Inhalts zeigt, behandelt das Buch eine große Themenvielfalt. Trotzdem wird ein roter Faden sichtbar. Es überzeugt mit wertvollen Erkenntnissen und gibt neue Denkanstöße durch die Herangehensweise anhand der dialektischen Methode. Die große Themen- und Beispielfielfalt führt dazu, dass viele Probleme und Diskussionen nur ange-

rissen werden können. Es wird deutlich, dass Müller sich bemüht, grundlegende Begriffe und Konzepte der marxistischen politischen Ökonomie zu erklären, bevor er weitreichendere Probleme aufgreift. Dennoch ist ein gewisses Grundwissen von ökonomischen Zusammenhängen, Begriffen und auch der marxistischen politischen Ökonomie beim Verständnis des Buches hilfreich. Dennoch würde ich auch Ökonomie-Interessierten ohne Vorwissen nicht vom Lesen des Buches abraten. Das Buch ist für alle geeignet mit Interesse an einem Überblick über grundsätzliche und aktuelle Probleme kritischer Wirtschaftswissenschaft aus einem marxistischen Blickwinkel.

*Katharina Schramm*

## **Roosevelts New Deal als Blaupause?**

*Steffen Lehndorff, New Deal heißt Mut zum Konflikt. Was wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930er Jahre lernen können. Eine Flugschrift, 94 Seiten, VSA Verlag, Hamburg 2020, 10,- Euro*

In den vergangenen beiden Jahrzehnten haben sich die Krisentendenzen im Weltsystem des –durch die neoliberale Politik und Ideologie gestützten – globalen Finanzmarktkapitalismus zunehmend verstärkt. Die mit der Überakkumulation, der „digitalen Revolution“ und der zunehmenden sozialen Polarisierung verbundenen Wachstumskrisen werden zusätzlich durch die Volatilität der Finanzmärkte und die Wirkungen der Kämpfe um die neue Weltordnung (mit dem absteigenden American Empire und der aufsteigenden Volksrepublik China) beeinflusst. Diese Prozesse intensivieren sich durch die Klimakrise

sowie durch die Zerstörung von Natur und Umwelt. Umbrüche im Bereich der Automobilindustrien, der Energieversorgung und der Verkehrssysteme – zusammen mit der Gefahr gewaltiger Arbeitsplatzverluste – stehen auf der Tagesordnung. Der Anstieg der weltweiten Flüchtlingsbewegungen, die damit verbundenen menschlichen Katastrophen (u.a. im Mittelmeerraum) sowie der Aufschwung von Rassismus, Nationalismus und autoritärem Etatismus in den Zentren des Kapitalismus haben die politische Krise verallgemeinert – als Unfähigkeit des „herrschenden Blocks“ in den Kapitalmetropolen, diese Widersprüche jenseits der herrschenden Kapital- und Wettbewerbslogik zu lösen. Forcierte Aufrüstung und militärische Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt beinhalten das Potenzial zum Clash zwischen den Großmächten.

In der Krise nach 2008 stand das System „am Abgrund“ – die Rettung der Finanzmärkte als Priorität der Krisenbewältigung musste jene inneren Widersprüche stärken, die den Crash herbeigeführt hatten. Schon vor der Corona-Krise des Jahres 2020 war deutlich geworden, dass das System auf eine erneute Wirtschafts- und Finanzkrise zusteuerte. Mit der Corona-Krise wurde die Epidemie zur Gefahr für das Leben der Menschen und zur Herausforderung für die Gesundheitspolitik. In der Folge des Shutdowns bricht – unterschiedlich nach Ländern und Regionen – die Konjunktur ein. Die Massenarbeitslosigkeit steigt an, der Staat muss nicht nur die Epidemie bekämpfen, sondern auch massiv intervenieren, um die Wirtschaft zu stützen, Insolvenzen abzufedern, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Die „multiple Krise“ weckt dunkle Erinnerungen an die Weltwirts-

haftkrise nach 1929 mit der Massenarbeitslosigkeit und den politischen Konsequenzen: Aufstieg und Machtübernahme des Faschismus, Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges.

Als Antwort auf die „multiple Krise“ wird in der politischen Linken das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation diskutiert. In den USA haben Abgeordnete der Demokraten – auf Initiative der jungen Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez (AOC), die sich als „demokratische Sozialistin“ bekennt – einen Antrag im Repräsentantenhaus eingebracht, der das Programm eines „Green New Deal“ enthält, also Maßnahmen vorschlägt, um sowohl gegen die Klimakrise und die Umweltzerstörung auf der einen als auch gegen Armut, Arbeitslosigkeit, mangelhafte Bildung und Gesundheitsversorgung, zerfallende Infrastrukturen usw. vorzugehen. Auch in Europa zeigt diese Initiative Wirkungen: die Führung der Partei Die Linke bekennt sich zum Green New Deal als Programm einer (höchst unwahrscheinlichen) „rot-rot-grünen Regierung“.

Mit seiner höchst lesenswerten „Flugschrift“ will Steffen Lehnrdorff diese Debatte durch einen Rückblick auf das „Original“ bereichern – auf die Politik des New Deal unter Franklin D. Roosevelt, der 1932 zum Präsidenten der USA gewählt wurde und bis zu seinem Tod im Jahre 1945 im Amt blieb.<sup>1</sup> Die USA befanden sich ein ei-

ner tiefen Wirtschaftskrise. Roosevelt brachte ein „riesiges Wiederaufbau-Programm“ in Gang, das mit den wirtschaftspolitischen Lehren der „Neoliberalen“ (bzw. der „Neoklassik“) brach und vor allem die Banken und die Börse (Wall Street) scharfen staatlichen Kontrollen unterwarf. Dazu kamen verschiedene Beschäftigungsprogramme (u. a. für den Bau von Schulen, Spielplätzen, Kindergärten, Straßen, Aufforstung von Landschaften etc.), Staudamm-Projekte für Bewirtschaftung, Elektrifizierung und Bewässerung ganzer Regionen. Schließlich wurden die Steuern für hohe Einkommen drastisch erhöht, soziale Mindeststandards sowie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation gesetzlich gesichert. Eine – Regelarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche wurde verankert; die Einführung eines Sozialversicherungssystems war mit einer Arbeitslosen- und einer Rentenversicherung verbunden (8/9). In der Tabelle 1 (14-19) werden die wichtigsten Maßnahmen der New-Deal-Politik übersichtlich aufgelistet und erläutert. Für die USA markierte diese Politik (an die auch Bernie Sanders mit seinem Programm einer „politischen Revolution“ anknüpfte) einen tiefen Einschnitt. Die Arbeitslosigkeit und die Armut wurden reduziert; die Wirtschaft erholte sich langsam von der Großen Krise, obwohl

---

schließlich auch die USA herausfordern musste, in den Krieg einzutreten. 1944 wurde er – von Krankheit gezeichnet – erneut zum Präsidenten gewählt. Er starb im April 1945. Sein Nachfolger wurde sein Vizepräsident Harry S. Truman, der einen tiefgreifenden Wandel der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik im Übergang zum Kalten Krieg und zur Politik des „Containment“ (Eindämmung) gegenüber der Sowjetunion und dem „Kommunismus“ einleitete.

<sup>1</sup> Er wurde 1936 triumphal wiedergewählt; 1940 kandidierte er erneut. Der 22. Verfassungszusatz, der eine gesetzliche Begrenzung auf zwei Wahlperioden vorsieht, wurde erst 1951 erlassen. Für die ungewöhnliche Verlängerung seiner Amtszeit war der Zweite Weltkrieg, der Vormarsch der deutschen und der japanischen Truppen verantwortlich, der



erst mit dem Eintritt in den Krieg und der gewaltigen Steigerung der Rüstungsproduktion die Große Depression überwunden wurde.

Lehndorff rekonstruiert die verschiedenen Phasen der Politik des New Deal, auch dessen Widersprüche und Defizite (z. B. gegenüber der schwarzen Bevölkerung, die allerdings indirekt von den sozial- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen profitierten konnte). Roosevelt war mit heftigem Widerstand konfrontiert – nicht nur von Seiten der Republikaner, sondern auch in der eigenen Partei. Noch wichtiger war allerdings – vor allem nach 1935, als die Gewerkschaften anerkannt wurden (Wagner Act) und die Periode der sozialstaatlichen Reformen begann – der Widerstand und die harte Kritik von Seiten des Big Business, der Medienbarone und aus dem Lager der liberalen Ökonomen. In diesen Kreisen wurde Roosevelt jetzt mit Stalin verglichen und als „Verräter seiner Klasse“ denunziert. Lehndorff erwähnt den prominenten Journalisten Walter Lippmann (40), der unter dem Titel „The Good Society“ ein Buch gegen New Deal geschrieben hatte. 1938 fand in Paris ein Kolloquium zu Ehren von Lippmann statt, bei dem sich die Anhänger von Ludwig von Mises und Friedrich von Hayek und andere Wirtschaftsliberale trafen. Das Kolloquium gilt als das Treffen zur Vorbereitung der Mont-Pélerin-Gesellschaft, die 1947 gegründet wurde.<sup>2</sup> Dass Roosevelt immer wieder von John Maynard Keynes unterstützt wurde (z.B. 79/80) illustriert

die tiefe Spaltung innerhalb des bürgerlichen Lagers in Bezug auf die Frage, wie der Staat auf die Große Depression reagieren muss.

Nach Lehndorff war es der „Mut zum Konflikt“ auf Seiten des Präsidenten und seiner Anhänger, der den partiellen Erfolg der New-Deal-Politik ermöglichte. Damit wird schon angedeutet, dass in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften – in nicht-revolutionären Krisenperioden – eine Politik sozialer und demokratischer Reformen nur möglich ist, wenn es innerhalb der alten Eliten zur Spaltung kommt und ein Teil von ihnen (unter der mutigen Führung eines Präsidenten, der selbst aus der alten Ostküstenelite des Landes stammt und als Anwalt für die Wall Street gearbeitet hatte) sich um einen „Klassenkompromiss“ mit der Arbeiterklasse und anderen subalternen Klassenfraktionen (z.B. aus der armen Bauernschaft) bemüht. Entscheidend ist allerdings – und dies, so Lehndorff, „können wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930er Jahre heute lernen“ – , dass diese Bereitschaft „von oben“ durch eine enorme Zunahme des Druckes von unten, durch kommunale „Graswurzelbewegungen“ ebenso wie durch massive Streikwellen und einen Aufschwung einer kämpferischen Gewerkschaftsbewegung (auf der Basis des Industrieverbandsprinzips, CIO) gestützt und vorangetrieben wurde (48 ff.). „Die Radikalisierung des New Deal ab 1935 war das Ergebnis eines Wechselspiels zwischen einander verstärkenden Kräften – gesellschaftlichen Bewegungen einerseits, politischen Akteurinnen und Akteuren andererseits... (so entstand ) der Mut der Regierung zu einer Konfrontationspolitik gegenüber mächtigen Interessengruppen

<sup>2</sup> Vgl. dazu Bernhard Walpen, Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pelerin Society, Hamburg 2004.

des Finanz- und Großkapitals“ (61).

In dem sehr wichtigen letzten Kapitel (82 ff.) will Lehndorff Lehren aus der Geschichte für die Politik eines „Green New Deal“ in der Gegenwart ziehen. Die progressiven Kräfte müssen sich auf eine „undogmatische Suche“ nach Lösungen für die „multiple Krise“ begeben; es bedarf aber auch einer entschlossenen „demokratischen Führungsstärke“ in einer Regierung, deren Reformprojekte Massenunterstützung gewinnen. Der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur wird dabei eine besondere Rolle zu spielen haben. Und schließlich bedarf es dabei der „wechselseitigen Verstärkung von Regierungspolitik und gesellschaftlichem Veränderungsdruck“ (86). Es gab vor 2020 Ansätze eines gesellschaftlichen und politischen Drucks von unten für die Ziele eines Green New Deal. In der Corona-Krise des Jahres 2020 schlägt allerdings die „Stunde der Exekutive“, die sowohl die demokratischen Bewegungen als auch die sozialökologischen Alternativen oftmals in einen Zustand der Lähmung versetzt hat. Von einer Spaltung innerhalb des „herrschenden Blocks“, aus der eine Führungspersönlichkeit für eine Politik des Green New Deals hervorgehen könnte, sind wir allerdings – nicht nur in Deutschland – weit entfernt. Die Stärkung jener Kräfte, die die ökologischen und sozialen Bewegungen von unten repräsentieren, wäre daher für eine linke Politik wohl wichtiger, als sich den Illusionen über eine „rot-rot-grüne Regierung“ im Ergebnis der Bundestagswahlen 2021 hinzugeben.

Die Flugschrift von Steffen Lehndorff ist für diese notwendige Debatte sehr wichtig. Sie ist durch die Auswertung der historischen Literatur über die

New-Deal-Politik und die Roosevelt Ära gut fundiert. Diese Debatte müsste allerdings auch die Frage einschließen, welche Lehren für die Linke aus dem Scheitern sozialdemokratischer Reformen im 20. Jahrhundert gezogen werden müssen. In den USA waren die 30er Jahre eine außergewöhnliche Periode, in der die tiefe Krise des Kapitalismus einerseits, der Aufschwung der Klassenkämpfe – aber auch die Rolle der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale (bis hin zu den Kämpfen in China) – andererseits in der herrschenden Klasse sowohl die Bereitschaft zu faschistischen Lösungen, als auch – wie bei Roosevelt, Keynes u.a. – die Bereitschaft zu sozialen und demokratischen Reformen (und zur Kooperation mit Kräften der reformistischen Arbeiterbewegung) erzeugte. Roosevelt und Keynes waren davon überzeugt, dass sie auf diese Weise die bürgerlich-kapitalistische Ordnung vor dem Faschismus, aber auch vor dem „Bolschewismus“ retten konnten. Lehndorff zitiert Roosevelt: „Mein Wunsch ist, die Revolution zu verhindern“ (89). Dabei waren sie bereit, eine Politik des Klassenkompromisses zu verfolgen. Die Politik des New Deal beendete allerdings in den Jahren 1937/38 ihre „kreative Phase“, danach kam der Ausnahmezustand des Weltkrieges, der jedoch noch vom Impuls des Antifaschismus getragen war. Roosevelt wollte in der Nachkriegsordnung mit der Sowjetunion zusammenarbeiten und bereitete in der Innenpolitik Sozialreformen für die Integration der Soldaten in die Wirtschaft und die Gesellschaft vor. Unmittelbar nach dem Tod von Roosevelt folgte unter Truman der Übergang zum Kalten Krieg. Die Gegner der New Deal

Politik kamen an die Macht, um das American Empire zu managen. Die Gewerkschaften wurden gemaßregelt; die linken Mitarbeiter der New Deal Politik wurden in der McCarthy-Ära verfolgt. Die sozialdemokratischen Reformen, die heute wieder von den Anhängerinnen und Anhängern der „demokratischen Sozialisten“ in den USA vorgetragen werden, sind seit den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts immer wieder durch a) Wirtschaftskrisen, und b) durch autoritäre Regime im Interesse des Kapitals konterkariert bzw. aufgehoben worden. Darin zeigt sich, dass Reformpolitik nur dann die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen qualitativ verändern kann, wenn sie durch den Aufbau von Machtpositionen in der Wirtschaft wie im Staatsapparat selbst gestützt wird. „Revolutionäre Realpolitik“, die heute oft so leichtfertig beschworen wird, wird diese Erkenntnis der „Klassiker“ auch in den Kämpfen für einen „Green New Deal“ nicht außer Acht lassen können.

*Frank Deppe*

## **Ökonomische Macht und Gewaltenteilung**

*Hans-Henning Adler, Kapital-Macht wirksam bändigen – Gedanken zu einem Sozialismus mit Durchsetzungschancen, VSA-Verlag, Hamburg 2020, 128 S., 10,- Euro*

Adlers Untertitel verleitet zu der Annahme, dass der Autor ein durchsetzungsfähiges, also machbares Sozialismusmodell anbieten will. Tatsächlich beschäftigt er sich nicht mit möglichen Sozialismusmodellen, sondern zunächst einmal ausführlich mit den Mechanismen gesellschaftlichen Wan-

dels und sozialistischer Bündnispolitik. Ganz in der Tradition von Gramsci geht es ihm nicht darum „sich eine bessere Welt auszumalen“, sondern die Dialektik von Reform und Revolution und die Anforderungen an eine sozialistische Bündnispolitik zu untersuchen. Dazu spart er nicht an Beispielen und Klassikerzitaten, die progressive Entwicklungen an die Voraussetzung knüpfen, dass man einen „mächtigen Gegner (...) nur unter größter Anstrengung der Kräfte und nur dann besiegen kann“, wenn man die Interessengegensätze und Risse innerhalb der Bourgeoisie ausnutzt, „auch wenn das ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter ist. Wer das nicht begriffen hat, der hat nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen.“ (Lenin Werke 31, 56 f.) Man möchte sich wünschen, dass sich diese Einsicht auch in der Frage der Regierungsbeteiligung innerhalb der LINKEN durchsetzt und weniger über „rote Linien“, als über „rote Projekte“ diskutiert wird.

Erstaunen mag auch das Plädoyer von Adler für die Gewaltenteilung auslösen, weil sie sich in Theorie und Praxis eigentlich auf Legislative, Exekutive und Judikative beschränkt. Es gehört zu den interessantesten Teilen des Buches, wie der Autor von den Prinzipien der staatlichen Gewaltenteilung zu den Möglichkeiten der Teilung ökonomischer Macht übergeht, wie sie sich bereits 1929 in Naphthalis Konzept der Wirtschaftsdemokratie ausdrückte. Dabei geht es Adler weniger um eine theoretische Aktualisierung des Projekts Wirtschaftsdemokratie, das auch nach der Niederlage des Faschismus immer wieder diskutiert wurde, sondern

um die juristischen Bollwerke, die errichtet wurden, um erst die betriebliche Mitbestimmung dem „Wohl des Unternehmens“ unterzuordnen und danach auch die Gewaltenteilung in den Aufsichtsräten zu verhindern. Dennoch betont Adler, dass die „Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht als einfache Dichotomie betrachtet werden können (...) in der eine Ökonomie entweder das eine oder das andere ist. Deshalb fuße eine „sozialistische Strategie darauf, die Erweiterung und Vertiefung sozialistischer Elemente eines Wirtschaftssystems hervorzuheben, um damit die Dominanz der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu untergraben.“ Als Beispiel für eine „alternative Regulationsweise“ beschäftigt er sich ausführlich mit der Entwicklung des jugoslawischen und des chinesischen Wegs zum Sozialismus und greift dabei auf Bucharins „rückständigen Sozialismus“ zurück, der in seiner „Gesamtheit weder kapitalistisch noch sozialistisch zu nennen sei.“ (Nikolai Bucharin, Ökonomik der Transformationsperiode) Was man in diesem Zusammenhang vermisst, ist eine Beschäftigung mit Kuba.

In einem recht umfangreichen Teil analysiert Adler die internationalen Beziehungen und den „globalisierten Akkumulationsprozess mit seinen krisenhaften Folgen“, bezweifelt dabei aber, dass das Prinzip der Gewaltenteilung auf transnationale Konzerne anwendbar ist. Positive Möglichkeiten sieht er jedoch bei Staatsfonds, wie dem norwegischen Norges, der sich verpflichtet hat, die Überschüsse aus der Ölförderung für ethisch vertretbare Ziele zu verwenden. Er erwähnt aber einschränkend, dass der Fonds „anscheinend ohne jeden Skrupel Anteile

an dem deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall“ hält.

Wie aktuell Adler ist, zeigt sich in zwei weiteren Themen, nämlich der Corona-Krise und der Wohnungspolitik. Er greift die Corona-Krise auf, weil sie deutlich macht, „was neoliberale Gesundheitsbeter der kapitalistischen Marktwirtschaft häufig nicht wahrhaben wollen: Man kann dieses System einfach nicht sich selbst überlassen. Ohne Eingriffe des Staates geht es nicht.“ Und weil es aktuell eine heftige, von der LINKEN ausgehende Auseinandersetzung um den Berliner Mietendeckel und die Enteignung von Immobilienkonzernen gibt, findet man bei Adler auch ein umfangreiches Material zur Boden- und Wohnungspolitik.

*Harald Werner*

## **Grüner Sozialismus**

*Raul Zelik, Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus, edition suhrkamp, Berlin 2020, 328 Seiten, 18 Euro*

Der 1968 geborene Raul Zelik entwirft in seinem neuen, im reputierlichen suhrkamp Verlag erschienenen und auf große Resonanz gestoßenen Buch das Panorama eines modernen, grünen Sozialismus. Nach 40 Jahren Neoliberalismus und angesichts der allorts erkennbaren desaströsen Folgen des Klimawandels und eines rein auf materielle Faktoren beschränkten Wachstumsbegriffs sei es an der Zeit, dass sich die Linke endlich der stofflichen Seite der Produktion zuwende, ohne dabei Fragen von Macht und Eigentum zu vernachlässigen. Wachstum als Selbstzweck sei heute destruktiv und deswegen kein Ziel mehr für die Linke. Die fulminante Pro-

duktivitätssteigerung bei gleichzeitig sinkender Lebensarbeitszeit biete ungeahnte Möglichkeiten. Gleichwohl sei die Ära von individueller Automobilität und fossiler Energieträger zu Ende.

Der linke Fortschrittsoptimismus und produktivistische Arbeitsdiskurs sei durch einen Blick auf das „gute Leben“ und mehr Care-Tätigkeiten und deren Anerkennung zu ersetzen. Es gehe also nicht um einen Green New Deal, sondern darum, den Energie- und Ressourcenverbrauch zu drosseln und zu verlangsamen (202). Der an Gramsci, Altwater, Negri und der Regulationstheorie geschulte Autor ist nicht naiv. Er kennt die Erfahrungen der radikalen sozialen Bewegungen Europas ebenso wie die der „linken“ Regierungen Griechenlands, Spaniens oder Südamerikas. Im Buch geht er auch die Defizite bisheriger Befreiungsversuche kenntnisreich durch. Zelik war Mitgründer der Berliner linksradikalen, postautonomen Organisation „Für eine linke Strömung“ (FelS), die heute in der Interventionistischen Linken aufgegangen ist. 2012 wurde er Mitglied der Partei Die Linke und im Mai 2016 in deren Parteivorstand gewählt.

Der übermäßige Konsum bzw. Energie- und Ressourcenverbrauch der globalen Herrschaftseliten sei zuallererst zu unterbinden, dies gehe aber nur, wenn die Eigentumsfrage gestellt werde. Eine solche Reduktion hätte immense positive Auswirkungen auf das Klima und „die Umwelt“. Der Statuskonsum der Mittelschichten sei oftmals eine Reaktion auf die von diesen Menschen empfundene Sinnentleerung. Diese sei auch ein Thema, der sich eine aufgeklärte Linke stellen müsse.

Die viel diskutierte Gegenüberstellung

von Klassen- und Identitätspolitik sei, so Zelik, künstlich und falsch, denn Klassen- sei immer auch Identitätspolitik und umgekehrt. Die sozialistische Bewegung sei aber die einzige, die historisch und aktuell die Eigentumsfrage gestellt habe. Der Kern des linken Projektes sei universal, in seinem Verlangen nach sozialer Emanzipation.

Normativ gehe es darum, und dies wird von Zelik diskutiert, ein „gutes Leben“, Solidarität, Kooperation, Ermächtigung und Demokratisierung (von Gesellschaft und ebenso der Wirtschaft), ökologische Konversion in den Blick zu nehmen und in Richtung eines globalen Antirassismus und vielfältiger, queerer Geschlechterperspektiven zu denken und dafür zu streiten. Solidarische Ökonomien könnten sich mit einem sog. Infrastruktursozialismus gut vertragen. Die „klassische“ Räte Demokratie reiche nicht (mehr) aus, da es nicht nur um Produktion (im herkömmlichen Sinne) gehe, sondern ebenso um Konsum und die Care Economy.

Zelik hat beeindruckend viel Literatur verarbeitet, nennt Studien und andere Quellen. Vieles erinnert an die vor über 20 Jahren erschienenen Bücher und Texte von Christoph Spehr, der aber nicht zitiert wird<sup>1</sup>. Solidarität und Sorge umeinander ist Kern einer transformatorischen Bewegung und Macht. Die solle „revolutionäre Realpolitik“ machen, müsse die alte Dialektik von „Staat“ und „Bewegung“ nochmals un-

<sup>1</sup> Vgl. dazu als historische Reminiszenzen „Die Ökofalle – Nachhaltigkeit und Krise“, Wien 1996, und: „Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter“, München 1999, sowie Bernd Hüttner, Von Fröschen und Schlangen. Abwicklung des Nordens statt Öko-Korporatismus, in Z 28 (Dezember 1996), S. 85-93.

tersuchen und sich erinnern, dass Sozialismus von Gesellschaft komme, und nicht vom Staat. Hier bietet das Buch einen kritischen Durchgang durch linke Utopien und Staaten (Sowjetunion, China, Jugoslawien), und kommt nicht nur am Beispiel Venezuela zum Schluss, dass so etwas wie ein „Rechtsstaat“ hilfreich sei, um Korruption und extrem autoritäre, personalisierte Führung zu be-, wenn nicht verhindern. Soziale Bewegungen müssten heute, statt „Subkultur“ zu leben, Druck für konkrete, erfüllbare Forderungen aufbauen und eine verbindende Erzählung und Partei schaffen (302).

Utopien helfen der Linken; sie sind im Moment Mangelware. Zelik hat eine aufgeschriebene und ein wichtiges und lesenswertes Buch vorgelegt, das neue und bedenkenswerte Ideen und Sichtweisen enthält: Ja, die Linke muss neu gedacht werden, aber sie hat auch einen reichhaltigen Erfahrungsschatz.

*Bernd Hüttner*

## AutorInnen und ÜbersetzerInnen

**Emiliano Alessandroni** – Urbino/Italia, Philosoph Univ. Urbino, Red. von „Materialismo Storico“

**Dr. Peter Behnen** – Breitnau, Dipl. Volkswirt, ehem. Berufsschullehrer

**Dr. Stefan Bollinger** – Berlin, Historiker, Z-Red.

**Prof. Dr. Dieter Boris** – Marburg/L., Sozialwissenschaftler, Z-Beirat

**Prof. Dr. Ulrich Brinkmann** – Darmstadt, Soziologe, Hochschullehrer

**Dr. Holger Czitrich-Stahl** – Berlin, Historiker und Lehrer

**Prof. Dr. Frank Deppe** – Marburg, Politikwissenschaftler, Z-Beirat

**Klaus Dräger** – Köln, Publizist, Z-Beirat

**Dominik Feldmann**, M. Ed. – Siegen, Politikwissenschaftler, Z-Red.

**Julian Flores** – Graz, Wirtschaftssoziologe

**Prof. John Bellamy Foster** – Eugene/USA, Soziologe, Herausgeber von Monthly Review

**Prof. Dr. Georg Fülberth** – Marburg, Historiker.

**Dr. Daniel Göcht**, M.A. – Köln, Literaturwissenschaftler u. Philosoph, Gewerkschaftssekretär

**Dr. Jörg Goldberg** – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Red.

**Jens Grandt** – Berlin, Journalist, Publizist

**Dr. Wladislaw Hedeler** – Berlin, Philosoph und Historiker

**Bernd Hüttner** – Bremen, Politikwissenschaftler, Referent f. Zeitgeschichte der Rosa Luxemburg Stiftung

**Juri Kilroy** – Jena, Stud. der Politikwissenschaft

**Dipl. Phil. Georgios Kolias** – Wien, Philosoph

**Fabian Korner** – Düsseldorf, Stud. d. Philosophie/Germanistik, Mitgl. SDS-Bundesvorstand

**Prof. Dr. Alfred Kosing (1928-2020)** – Philosoph

**Stephan Krull** – Magdeburg, ehem. BR VW Wolfsburg, Koordinator des Gesprächskreises ‚Zukunft Auto, Umwelt, Mobilität‘ der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**Stefan Kühner** – Karlsruhe, Informatiker, Mitgl. im Vorstand der Marx-Engels-Stiftung

**Dr. Volker Külow** – Leipzig, Historiker und Publizist

**Dr. André Leisewitz** – Weilrod, Dipl. Biol., Z-Red.

**Lothar Letsche**, M.A. – Tübingen, Übersetzer, bis 2011 wiss. Angestellter, Betreiber der Webseite berufsverbote.de (als selbst Betroffener)

**John Lütten** – Jena/Leipzig, Soziologe, Z-Red.

**Dirk Müller** – Jena, Stud. der Soziologie u. Philosophie

**Prof. Dr. Eckhard Müller** – Berlin, Historiker

**Prof. Dr. Klaus Müller** – Lugau, Wirtschaftswissenschaftler

**Nicoletta Negri** – Berlin, Übersetzerin und Dolmetscherin für Italienisch

**Prof. Dr. Manfred Neuhaus** - Leipzig, Historiker

**Maika Neunert** -- Hamburg, IT-Arbeiterin

**Jeremiah Nollenberger** – Duisburg, Stud. der Sozioökonomie

**Patrick Ölkzug** – Marburg, Stud. der Politikwissenschaft, Z-Red.

**Martina Renner** – Berlin/Erfurt, Kulturwissenschaftlerin, Stellv. Parteivors. der LINKEN, MdB u. Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE

**Dr. Sarah Schulz** – Kassel, Politikwissenschaftlerin

**Prof. Dr. sc. Siegfried Prokop** – Bernau, Historiker

**Doz. Dr. habil. Georg Quaas** – Leipzig, Hochschullehrer VWL

**Edgar Radewald** – Krefeld, selbständig

**Dr. Jürgen Reusch** – Frankfurt/M, Politikwissenschaftler, Z-Red.

**Prof. Dr. Werner Ruf** – Kassel, Politikwissenschaftler

**Katharina Schramm** – Berlin, Stud. der VWL

**Dr. Arnold Schölzel** – Berlin, Philosoph, Chefredakteur des „Rotfuchs“

**Dr. Wolfgang Semmler** – Bernau, Afrika-Historiker

**Dr. Christian Stache** – Zürich/Hamburg, Sozial- und Wirtschaftshistoriker (M.A.)

**Livia Schubert** – Wien, Stud. der Soziologie

**Prof. Dr. Richard Sorg** – Hamburg, Sozialwissenschaftler

**Dr. Margareta Steinrücke** – Bremen, Arbeits- und Geschlechtersoziologin

**Intan Suwandi** – Normal, Illinois/USA, Assistenzprofessorin f. Soziologie, Illinois State Univ.

**Dr. Hans Voß** – Sarstedt, Physiker, ehem. Industrietätigkeit

**Peter Wahl** – Berlin/Worms, Vorsitzender von WEED, Mitglied im wissensch. Beirat von Attac

**Sebastian Wehrhahn** – Berlin, Philosoph, wiss. Mitarbeiter im MdB-Büro von Martina Renner

**Dr. Harald Werner** – Berlin, Soziologe, Z-Beirat

**Dr. Gerd Wiegel** – Berlin, Politikwissenschaftler, Fachreferent Rechtsextremismus/ Antifaschismus der Linksfraktion, Z-Red.

**Dr. Michael Zander**, Dipl.-Psych. – Berlin, vertritt eine Prof. für Rehabilitationspsychologie a. d. HS Magdeburg-Stendal, Z-Red.

**Prof. Dr. Jörg Rudolf Zimmer** – Girona, Philosoph, Hochschullehrer

## Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Klaus Dräger, Jürgen Leibiger, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Stefan Bollinger, Dominik Feldmann, Jörg Goldberg, André Leisewitz, John Lütten, Patrick Ölkzug, Jürgen Reusch, David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers/der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Abonnementpreis (vier Hefte): Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. IBAN: DE 69 5005 0201 0000 0345 95; BIC: HELADEF1822. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 700346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406. e-mail: redaktion@zme-net.de; www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de. Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Wir bitten um freundliche Beachtung der Beilage des VSA-Verlages, Hamburg.

Redaktionsschluss: 04.11.2020.